

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 1978

Vorwort

Mit diesem Bericht informiert die Landesregierung die Öffentlichkeit über den politischen Extremismus, über die sicherheitsgefährdende Tätigkeit von Ausländern und die Spionageabwehr im Jahr 1978. Der interessierte und um objektive Sicht bemühte Leser wird dabei feststellen, daß die in jüngster Zeit durch einige tendenziöse Berichte ins Zwielficht gerückte und diffamierte Arbeit des Verfassungsschutzes «zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes» (Art. 73 Nr. 10 Grundgesetz) erforderlich ist. Seine Tätigkeit hilft, die Freiheit jedes einzelnen Bürgers zu sichern, der gewillt ist, die Grundwerte unserer Verfassung anzuerkennen. Da diejenigen, die die in Art. 73 Nr. 10 Grundgesetz genannten Schutzgüter beeinträchtigen wollen, im allgemeinen konspirativ arbeiten, ist auch der Verfassungsschutz als Behörde gezwungen, nachrichtendienstliche Mittel dort einzusetzen, wo ein öffentlicher Zugang nicht möglich ist.

Der Verfassungsschutz hat keine Zwangsbefugnisse wie die Polizei. Er ist vielmehr im Vorfeld des Strafrechts bemüht, verfassungsfeindliche Tendenzen und Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen und der Regierung darüber zu berichten. Durch den Innenminister, der dem Parlament verantwortlich ist, und durch den Hauptausschuß des Hessischen Landtags ist die Aufsicht über den Verfassungsschutz sichergestellt. Dennoch lassen sich Konfliktfälle nicht immer vermeiden: Privatsphäre des einzelnen und der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen sich gegenüber. Die Koalitionsparteien haben, um Mißtrauen gegen den Verfassungsschutz abzubauen, daher vereinbart, ein Gesetz mit klaren Regelungen für die Befugnisse des Verfassungsschutzes zu schaffen, das eine weitere parlamentarische Kontrolle gewährleistet.

Die kontinuierliche und systematische Be-

obachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes ermöglicht es, jährliche Berichte wie diesen als aktuelle Lagebilder über die verfassungswidrigen Bestrebungen in unserem Land zu geben. Dabei ist festzuhalten, daß das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung (BVerfG 40, 287) ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Regierung bei der Herausgabe derartiger Berichte in Erfüllung der verfassungsrechtlichen Pflicht handelt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Gleichzeitig ist jedoch auch klarzustellen, daß die Berichte (nur) Werturteile in der politischen Auseinandersetzung mit dem Verfassungsgegner darstellen. Sie können also keine Grundlage für einen Eingriffsakt der Verwaltung bilden. Soweit allerdings einer politischen Partei (oder Gruppe) durch die Behauptung faktische Nachteile entstehen, ist sie dagegen nicht durch Art. 21 Grundgesetz geschützt (vgl. BVerfG a. a. O.).

Allgemein war im Jahre 1978 festzustellen, daß die «Alten» rechtsextremen Organisationen in Hessen wie in den anderen Bundesländern weiterhin an Bedeutung verlieren, dagegen kleine, aggressive neonazistische Gruppen das öffentliche Interesse zunehmend erregen.

Den ungleich größeren linksextremen Gruppierungen ist ebenfalls der angestrebte Erfolg versagt geblieben. Ungeachtet dessen setzen besonders die orthodoxen Kommunisten unverdrossen ihre Bemühungen am Arbeitsplatz und in den Betrieben fort, um mit Hilfe der «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» und der «Bündnispolitik» Anhänger zu gewinnen. Die Diskussionen im Bereich der extremen «Neuen Linken» über eine politische Neuorientierung in Abgrenzung zum Terrorismus gehen weiter.

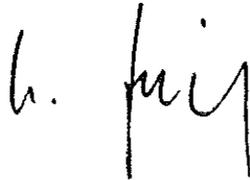
Alle Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes erfordert die nach wie vor andauernde intensive Spionagetätigkeit der Ostblock-Nachrichtendienste. Hier sind alle

Bürger nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse zur Wachsamkeit aufgerufen, die von außen eindringenden Gefahren rechtzeitig zu erkennen und unsere Sicherheitsorgane bei ihrer schwierigen Abwehrarbeit zu unterstützen.

Der Bericht enthält keine erschöpfende Aufzählung der nach dem gesetzlichen Auftrag in Betracht kommenden Bestrebungen und Aktivitäten. An die namentliche Anführung von Organisationen und Einzelpersonen sind keine rechtlichen Auswirkungen geknüpft.

Die Landesregierung wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes auch weiterhin als

eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe ansehen. Allen Mitarbeitern dieser Behörde spreche ich in diesem Zusammenhang für ihre aufopferungsvolle und sich überwiegend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollziehende Tätigkeit Dank und Anerkennung aus. Die Angehörigen des Verfassungsschutzes brauchen für ihre schwierige Arbeit in erster Linie Vertrauen und Vertraulichkeit, ohne die sie nicht mit Erfolg für den Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit für die Sicherheit aller Bürger wirken können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Gries', written in a cursive style.

Ekkehard Gries
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	6
Parlamentarische Kontrolle	7
Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	7
Informativer Verfassungsschutz	8
Rechtsextreme Bestrebungen	10
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	10
Junge Nationaldemokraten (JN)	12
Neonazistische Bestrebungen	13
Neonazistische Ausschreitungen	15
Beurteilung	15
Linksextreme Bestrebungen	16
Orthodoxer Kommunismus	17
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	17
Nebenorganisationen der DKP	19
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	19
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	19
Junge Pioniere (JP)	20
DKP-beeinflußte Organisationen	20
Deutsche Friedensunion (DFU)	20
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN–BdA)	20
Neue Linke	20
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	20
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	22

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	22
Kommunistischer Bund (KB)	23
Trotzkistische Gruppen	23
Andere kommunistische Gruppen	23
Undogmatische Neue Linke (UL)	24
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	25
Terrorismus	26
«Rote Armee Fraktion» (RAF)	26
«Revolutionäre Zellen» (RZ)	26
«Bewegung 2. Juni»	27
Vorfeld des Terrorismus	28
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	29
Iranische Gruppen	29
Türkische Gruppen	30
Palästinensische Gruppen	31
Kroatische Gruppen	32
Beurteilung	32
Spionageabwehr	33
Allgemeine Lage	33
Werbungsanlässe	33
Umfang der Werbungen und Werbungsversuche	35
Werbungsmittel	35
Führungsmethodik	35
Ausspähungsziele	35
Beurteilung	36

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über . . . die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder . . . zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) . . .

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können . . . Zentralstellen . . . zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom August 1972 (BGBl. I. S. 1380) (Verfassungsschutzgesetz)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt

oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet:

Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 39 05 bzw. der Telefonnummer (0 61 21) 7 78 21 zu erreichen.

Das LFV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z – Verwaltung

Abteilung I – Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II – Beschaffung

Abteilung III – Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus

Abteilung IV – Spionageabwehr

Abteilung V – Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden.

In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirt-

schaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz angeboten werden:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung
Gemeinsame Lernziele
- Probleme des polizeilichen Verfassungsschutzes
Fragen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts
- Strafrechtlicher Verfassungsschutz
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an heutigen Beispielen
- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Zur politischen Auseinandersetzung mit den linksextremen Bestrebungen
Probleme, Erfahrungen und Vorschläge
- Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
- Taktik und Methoden des Rechtsextremismus
Propaganda und Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen.

Rechtsextreme Bestrebungen

Schwerpunkte rechtsextremer Agitation waren auch 1978 die Ablehnung der parlamentarischen Regierungsform in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Propagierung eines übersteigerten Nationalismus und Rassismus mit verstärkten Tendenzen zum Antisemitismus. Erneut wurden Versuche festgestellt, das *Dritte Reich* unter Hervorhebung angeblicher positiver Momente zu rechtfertigen und gleichzeitig jegliches nationalsozialistische Unrecht zu verharmlosen oder ganz zu leugnen. Bemerkenswert ist die teilweise unverhohlene Verherrlichung nationalsozialistischer Thesen und Gedankengutes. Hervorzuheben ist weiter, daß in letzter Zeit verstärkt *NS-Literatur*, *NS-Kennzeichen* und *Ausrüstungsgegenstände*, Spielzeug mit *NS-Symbolen* u. ä. verbreitet wurden. Wenn hierbei auch im Einzelfall rein kommerzielle Motive eine Rolle gespielt haben können, so ist nicht auszuschließen, daß die teilweise kommentarlose Übernahme von *NS-Propagandamitteln* einen werbenden Einfluß ausübt.

Die Mitgliederzahl der rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland ist 1978 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Mitgliederverluste – vor allem bei der *NPD* – konnten durch geringen Zuwachs bei den *Jungen Nationaldemokraten (JN)* und neonazistischen Gruppen nicht ausgeglichen werden.

Den rechtsextremen Organisationen, die in zahlreiche Klein- und Kleinstgruppen zersplittert sind, fehlen Führungspersönlichkeiten, die fähig sind, die konkurrierenden Gruppen zu einigen und eine einheitliche Strategie zu entwickeln. Einig sind sie sich lediglich in der Ablehnung der bestehenden demokratischen Staatsform und in der Difamierung der demokratischen Parteien und ihrer Repräsentanten.

In Hessen gingen 1978 nennenswerte

rechtsextreme Aktivitäten einmal von der *NPD* und ihrer Jugendorganisation, den *JN*, aus, die mit ca. 850 bzw. 140 Mitgliedern in Hessen über die größte Anhängerschaft und funktionsfähige Organisationen verfügen. Zum anderen traten besonders neonazistische Gruppierungen, wie die *Deutsche Bürgerinitiative* von Manfred Roeder und einzelne *NS-Gruppen* in Südhessen, durch Veröffentlichungen und Aktionen hervor.

Sonstige Gruppierungen, wie die *Deutsche Volksunion (DVU)* des Herausgebers der *Deutschen National-Zeitung*, Dr. Gerhard Frey, das *Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)*, die *Wiking-Jugend (WJ)*, der *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)* u. a., haben in Hessen nur kleine örtliche Gruppen oder Stützpunkte. Ihre politische Aktivität ist gering.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die *NPD* wird auf Bundesebene von Rechtsanwalt Martin Mußnug, Tuttlingen, geführt. Das Parteiorgan *Deutsche Stimme* erscheint monatlich in einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Die Umstellung auf ein wöchentliches Erscheinen ist zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht realisierbar. Vorsitzender des Landesverbandes Hessen ist seit 1973 Mathias Quintus, Mörfelden-Walldorf. Bezeichnend für die Einstellung der *NPD* gegenüber anderen Parteien und demokratischen Einrichtungen sind folgende Äußerungen: Anlässlich der hessischen Landtagswahl werden die Wähler aufgefordert, «den im Dienst fremder Mächte stehenden Parteien die Gefolgschaft zu verweigern». «Das Pfündedenken der Etablierten – bei der der Wille zur Selbstbedienung mit der Machtgier wetzert –, ihr Stil ist der der Gosse. Selbst korrupt, hat sie die Demokratie und den Staat korrumpiert» (*Deutsche Stimme*, IX/1978). Anlässlich der Anti-Schah-Demonstration am 25. November in Frankfurt äußerte die

NPD in einem Flugblatt u. a.: «Schwächlinge, Feiglinge und Handlanger fremder Mächte regieren uns . . . ».

Die politische Agitation war außerdem gekennzeichnet durch die typische Überbewertung des «Volksganzen» und der «Volksgemeinschaft». In der Schlußansprache anlässlich des Bundesparteitages im November stellte Mußnug als Grundprinzip nationaldemokratischer Politik die «Gemeinschaftsordnung – nicht Gesellschaftsordnung» heraus.

In einer Fernsehsendung am 28. September zur hessischen Landtagswahl äußerte Mußnug unter anderem: «In 33 Nachkriegsjahren haben sich Politmanager zu einem geschlossenen Kartell zusammengefunden, das es ihnen möglich machte, den Staat . . . zu ihrem Selbstbedienungsladen zu erniedrigen . . . Dieses Kartell ist weder der deutschen Geschichte noch kommenden Generationen verpflichtet. Der Beweis: Sie reden stets nur von <der Gesellschaft>, aber nie vom deutschen Volk» (*NPD-Stimmen, Oktober 1978*). Zur Integration ausländischer Arbeitnehmer heißt es in der gleichen Publikation, daß es vielen «nichtbundesrepublikanischen» Deutschen nicht erstrebenswert ist, «in die westdeutsche Zahl-, Buß- und Schamgemeinschaft vereinnahmt zu werden».

Mittelpunkt der politischen Aktivitäten in Hessen war der Landtagswahlkampf. Hierfür standen der NPD nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung, so daß die Kreisverbände bei der Beschaffung von Propagandamaterial auf sich selbst gestellt waren. Überwiegend wurde hierbei das NPD-Organ *Deutsche Stimme* bemüht. Versammlungen in Sälen wurden nur in geringem Umfange durchgeführt.

Überregionale Veranstaltungen, die bereits vor der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes stattfanden, waren schon als Teil des Wahlkampfes anzusehen. Der NPD kam es insbesondere darauf an, einer breiten Öffentlichkeit ihre Präsenz zu zeigen. Sie werde sich auch «durch Demokraten- und Patriotenverfolgung der Handlanger-

Parteien des Besatzer-Imperialismus nicht einschüchtern lassen» (*Frankfurt-Information*, Extrablatt des NPD-Kreisverbandes *Frankfurt am Main* zum «Deutschlandtreffen» am 17. Juni).

Zum 1. Mai veranstaltete die NPD regionale Kundgebungen in Kassel, Gießen und Rüsselsheim. In Kassel erzwang sie durch einen verwaltungsgerichtlichen Beschluß die Genehmigung zur Durchführung der Veranstaltung, an der etwa 300 Personen teilnahmen. Während es bei den Kundgebungen in Kassel und Gießen nicht zu nennenswerten Zwischenfällen kam, wurde die Veranstaltung in Rüsselsheim durch Gegendemonstranten erheblich gestört.

Der Propaganda und der Wahlkampf vorbereitung diente auch das zunächst verbotene, dann aber verwaltungsgerichtlich erlaubte *Deutschlandtreffen* am 17. Juni in Frankfurt am Main. Etwa 4000 Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich außerhalb der Innenstadt, um zur Abschlußkundgebung auf den Römerberg zu marschieren, der zu diesem Zeitpunkt bereits von etwa 5000 Gegendemonstranten besetzt war. Da diese der Aufforderung der Polizei, den Römerberg zu räumen, nicht nachkamen, sondern aktiv Widerstand leisteten, erhielt die NPD kurzfristig die Auflage, die Abschlußkundgebung in einem anderen Stadtteil abzuhalten. Sie kam dem zwar nach, nahm aber in einem in großer Auflage verteilten Extrablatt des Kreisverbandes Frankfurt am Main mit reißerischen Überschriften wie «Der große Sieg der Nationaldemokraten», «Wallmann duldet kommunistische Bürgerkriegszentrale in Frankfurt», «Wurde das Römerberg-Blutbad manipuliert» u. ä. zu den Ereignissen am 17. Juni Stellung. Für den 13. August meldete die NPD erneut eine Kundgebung zur Eröffnung des Landtags-Wahlkampfes auf dem Römerberg in Frankfurt am Main an. Ein Verbot auch dieser Kundgebung wegen angekündigter Gegendemonstrationen wurde durch das Verwaltungsgericht dahin abgeändert, daß die Kundgebung an einem anderen

Platz stattfinden mußte. Die *NPD* sah darin eine «Kapitulation vor kommunistischen Verbrechern». Statt der erwarteten 2000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen nur etwa 400 *NPD*-Anhänger an der Veranstaltung teil. Die Kundgebung verlief ohne besondere Zwischenfälle.

Bei der Landtagswahl am 8. Oktober erhielt die *NPD* nur noch 12507 = 0,4% der Stimmen. Gegenüber der Landtagswahl 1974 (32713 = 1,0%) verlor sie mehr als die Hälfte der Stimmen. Im Verhältnis zur Bundestagswahl 1976 (11988 Stimmen) ist ein nicht ins Gewicht fallender Zuwachs zu verzeichnen. Das Wahlergebnis beweist, daß die *NPD* als politische Kraft ohne Bedeutung ist. Für die *NPD* war das Ergebnis nicht überraschend. Danach wurden Überlegungen angestellt, ob es für die Partei sinnvoll sei, an allen Wahlen teilzunehmen. Nach einem internen Strategiepapier soll sich die *NPD* unter den derzeitigen Umständen nicht mehr als Partei der *NPD*-Wähler verstehen, sondern sich als «Gesinnungsgemeinschaft und Kaderpartei» formieren, um unter günstigeren Umständen wieder in das allgemeine Geschehen eingreifen zu können. Eine solche Umschichtung wurde vor allem von jüngeren Mitgliedern begrüßt. Andererseits erhoben gerade jüngere Mitglieder auf dem Bundesparteitag im November 1978 die Forderung, sich an den Europa-Wahlen 1979 zu beteiligen. Sie sahen hierin eine Gelegenheit, sich auf «Europäischer Plattform» zu profilieren. Der Parteivorstand konnte jedoch seinen Antrag, an der Europa-Wahl nicht teilzunehmen, durchsetzen.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die *Jungen Nationaldemokraten* waren im Berichtsjahr die eigentlichen Träger der unter dem Namen der *NPD* veranstalteten Aktionen, wobei sie aggressiver vorgehen und die Konfrontation mit dem politischen Gegner nicht scheuten. Am 28./29. Oktober fand in Nürnberg der

7. ordentliche Bundeskongreß der *JN* statt. Der Student Gösta Thomas, Erlangen, wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die *JN* wollen nach ihren Aussagen auf diesem Bundeskongreß nicht nur «Jugendgruppe» der Partei sein, sondern sie verstehen sich als «politisch-geistiger Motor der Partei». Sie verlangen Mitspracherecht bei der Vorbereitung öffentlicher Manifestationen und Aktionen der Gesamtpartei.

Die *JN-Gruppen* unterhalten Verbindungen zu gleichgesinnten ausländischen Gruppen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Österreich u. a. Besonders enge Kontakte bestehen zum belgischen *Vlaamse Militante Orde*. Aus Anlaß des Breschnew-Besuchs in Bonn im Mai bereiteten die *JN* – gegen den Beschluß des Parteivorstandes – einen Demonstrationmarsch durch Bonn vor, der jedoch durch die Polizei untersagt wurde.

Der Vorsitzende des *JN*-Landesverbandes Hessen, Lothar Lauck, Hofheim, wurde auf dem *JN*-Landeskongreß am 3. Juni erneut zum Landesvorsitzenden gewählt.

Am 12. August führten die *JN* einen Fackelzug von Rüdesheim zum Niederwald-Denkmal durch, wo eine sogenannte «Freiheitskundgebung» stattfand. Trotz des Hinweises, daß Teilnehmer in Uniform ausgeschlossen würden, war eine Gruppe in uniformähnlicher Kleidung erschienen. Die Betreffenden wurden vorübergehend festgenommen. Gegen sie wurde Strafanzeige wegen eines Verstoßes gegen das Uniformverbot (§ 3 Abs. 1 Versammlungsgesetz) erstatet.

Deutsche Volksunion (DVU)

Die von dem Herausgeber der *Deutschen National-Zeitung*, Dr. Gerhard Frey, gegründete und geleitete *Deutsche Volksunion (DVU)* steht bundesweit in Konkurrenz zur *NPD*. Zeitweilige Annäherungsversuche brachten wegen der Besetzung von

Führungspositionen keine Einigung. In Hessen ist die Mitgliederzahl der DVU gering. Nur in Nordhessen besteht ein Bezirksverband. Eine für den 3. Dezember anberaumte Großkundgebung im Kongreßzentrum in Darmstadt mußte ausfallen, weil die Stadt von dem Mietvertrag zurückgetreten war.

Neonazistische Bestrebungen

Im Gegensatz zur sogenannten *Alten Rechten* sind bei den neonazistischen Bestrebungen keine rückläufigen Tendenzen zu erkennen. Sie haben sich weiter verstärkt.

Seit 1976 verfolgen die *Neo-Nazis*, die auch Unterstützung durch ausländische Organisationen erhalten, zunehmend intensiver ihre Vorstellungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch ein der *NS-Diktatur* vergleichbares System zu ersetzen. Zur Verfolgung dieses Ziels sind sie bereit, Gewalt anzuwenden. So sind mehrere *Neo-Nazis* dringend verdächtig, am 5. Februar in Bergen-Hohne ein Biwaklager der holländischen Nato-Streitkräfte überfallen und u. a. mehrere Maschinenpistolen erbeutet zu haben. Bei dem inzwischen vom Generalbundesanwalt übernommenen Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung konnten bisher 6 Personen ermittelt werden. Gegen den Anführer dieser Gruppe, den ehemaligen Bundeswehrleutnant Kühnen, hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Anfang August Haftbefehl wegen Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung erlassen.

Aufgrund von Teilgeständnissen, Identifizierungen und Belastungsmaterial sind die ermittelten Personen weiterer schwerer Straftaten verdächtig, z. B. eines Bankraubs im Dezember 1977 in Hamburg mit einer Beute von rund 60 000,- DM, ferner mehrerer Raubüberfälle auf Bundeswehrangehörige und auf einen Kaufmann in

Köln sowie mehrerer Diebstähle von Waffen und großer Mengen von Munition. Diese neonazistischen Aktivisten haben Verbindungen zu Gleichgesinnten in Hessen, die insbesondere im südhessischen Raum in Erscheinung getreten sind.

Im April wurde im Raum Hanau erstmals die *NS-Kampfschrift Das Schwarze Korps* mit der Nr. 7 bekannt. Weitere Ausgaben folgten in den Monaten Mai–September. Neben Zitaten führender *NS*-Politiker des *Dritten Reiches* veröffentlichte diese neonazistische Kampfschrift in einer Fortsetzungsreihe das Buch *Mein Kampf* von Adolf Hitler.

Artikel mit Haßtiraden gegen Bundes- und Länderregierungen, gegen Parteien und Gewerkschaften sowie gegen führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik wechselten mit der Glorifizierung der *NS-Zeit*.

So heißt es in bezug auf die Gewerkschaften in der 7. Ausgabe: «An dem Tag, wenn der DGB sein Ziel erreicht hat und auch Westdeutschland in seinen Fahnen Hammer und Sichel zeigt, wird der Traum vom freien Arbeiter zu Ende sein!»

Über die Auseinandersetzungen während des Deutschlandtreffens der *NPD* am 17. Juni in Frankfurt heißt es u. a.: «Als bei den Klängen des Deutschlandliedes der rote Mob zu pfeifen und zu johlen anfang, schworen wir Nationalsozialisten aufs neue:

Legt sie um die roten Säue,
macht sie nieder Mann für Mann,
kriechen aus den Löchern neue,
keine Angst, auch sie sind dran.»

Wegen der Herausgabe und der Veröffentlichungen im *Schwarzen Korps* wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Ende 1978 in Hanau Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt. Hierbei konnte umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial sichergestellt werden.

Eine weitere neonazistische Schrift mit dem Titel *Das Braune Bataillon*, für die eine hessische *NS-Gruppe* verantwortlich zeichnet, erscheint regelmäßig im Raum

Frankfurt. In ihren Themen behandelt sie neben den Angriffen gegen Juden Geschehnisse aus dem «Dritten Reich».

So heißt es u. a.:

«Es lebe unser großer Führer, der Lehrherr unserer Generation Adolf Hitler» (Ausgabe Januar).

«Deutsche! Die Juden sind unser Unglück. Es ist das auserwählte Volk der Juden, das die Wurzel allen Übels ist. Juden sind hier, wie überall, unausstehliche Schacherer und Schmutzklappen» (Ausgabe März).

«Die NSDAP. Der Garant des Weltfriedens» (Ausgabe Dezember).

Wegen dieser und anderer Veröffentlichungen wurden ebenfalls Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Am 11. November versuchte die *Kampfgruppe Großdeutschland (KGD)* des Henry Beier, auf dem Hauptfriedhof in Frankfurt am Main eine Gedenkfeier durchzuführen. Trotz des Einschreitens der Polizei gelang es den etwa 10–15 Anhängern der *KGD*, am Mahnmal des «Unbekannten Soldaten» einen Kranz mit der Aufschrift «Zum Gedenken an die alten Kameraden – Kampfgruppe Großdeutschland» anzubringen. Bei der vorläufigen Festnahme der Kundgebungsteilnehmer grüßte ein Neo-Nazi mit dem «Hitlergruß». Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren nach § 86a StGB eingeleitet.

Die bisher in Hessen am spektakulärsten aufgetretene *Deutsche Bürgerinitiative (DBI)* des (ehemaligen) Rechtsanwalts Manfred Roeder hat wesentlich an Bedeutung verloren, weil Roeder sich seit Anfang 1978 im Ausland aufhält. Vom Landgericht Flensburg war er am 28. 6. 1977 wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verunglimpfung des Staates zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt worden. Die Strafe wurde vom Bundesgerichtshof bestätigt und Haftbefehl erlassen. Daraufhin entzog sich Roeder dem Strafvollzug durch Flucht. Er begründete sie folgendermaßen: «D. h. wenn man mich

heute einsperrt, geht es nicht um 6 Monate, sondern um 6 Jahre! Und alles für politische Äußerungen, die angeblich frei sind und die jeder andere auch ungestraft tun kann – nur ich nicht, weil es die jüdischen Gemeinden nun mal so beschlossen haben. – Verstehen sie jetzt, was auf dem Spiel steht?» (55. Rundbrief).

Er hielt sich u. a. in der Schweiz, Österreich, Brasilien und Nordamerika auf. Der Kontakt zu seinen Gesinnungsfreunden in der Bundesrepublik Deutschland wurde durch seine Ehefrau aufrechterhalten, die ihn mehrmals im Ausland besuchte. Von dort verbreitete er weiterhin regelmäßig seine Rundbriefe (1978: Nr. 53–64) und die 2. und 3. Ausgabe des Blattes der *DBI* «*Der Wind schlägt um*». In diesen Veröffentlichungen diffamierte er die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

So heißt es u. a. in der Nr. 2 des Blattes *Der Wind schlägt um*: «Wir pfeifen auf den Rechtsstaat, in dem immer nur der Staat, d. h. die herrschende Clique recht hat! Kein Politiker und kein Gericht hat das Recht, von Rechtsstaat und Menschenrechten zu reden oder ihre Grenzen festzulegen. Wir, die Bürger, haben allein das Recht, Menschenrechte und Rechtsstaat zu fordern!» Am 23. Mai verkündete Roeder im Ausland die «Grundsatzklärung der Freiheitsbewegung Deutsches Reich», in der er sich wiederum als «Reichsverweser» bezeichnete, und behauptete in seinem 57. Brief: «Seitdem die Justiz ein Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht und zum Deutschen Reich verfolgt, ist jeder verpflichtet, dieses System zu beseitigen. Kein Deutscher muß beweisen, daß er Demokrat ist; sondern jeder Demokrat hat erst mal zu beweisen, daß er Deutscher ist!»

Die «Freundestreffen» der *DBI* auf dem «Reichshof» im Knüll wurden 1978 zum größten Teil von der Ehefrau Roeders durchgeführt und verloren zunehmend an Interesse. Ein großer Teil der Anhänger wirft ihm vor, daß er geflohen ist, anstatt sich mutig zu stellen, und gibt der Vermutung Ausdruck, daß er die ihm für seine po-

litische Tätigkeit gegebenen hohen Spenden für persönliche Zwecke verbraucht. Der *Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)* unter der Leitung von Erwin Schönborn hat 1978 in neonazistischen Kreisen weiter an Ansehen verloren. Der seit vielen Jahren durch die Gründung zahlreicher rechtsextremer Gruppen bekannte Erwin Schönborn versuchte, durch die von ihm initiierte „*Aktionsgemeinschaft Nationales Europa*“ (*ANE*) neue Anhänger zu gewinnen. Er agitierte vorwiegend mit Flugblättern und mit «Offenen Briefen» an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Wegen dieser Flugblätter und Briefe sind gegen ihn eine Ermittlungsverfahren anhängig.

Neonazistische Ausschreitungen

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 105 (Vorjahr 61) antisemitische und neonazistische Schmier- und Störaktionen in Hessen bekannt, deren Schwerpunkte im Raum Frankfurt–Offenbach (41), Rodgau (32) und Kassel–Hersfeld (13) lagen. Wie in den Jahren zuvor wurden hierbei häufig die Plakate und Aufkleber der *NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO) Lincoln/USA*, deren Initiator Gary Rex Lauck ist, benutzt.

Unbekannte Täter hißten am 20. Juli vor dem Rathaus in Rodgau und am 26. Juli an der Bundesstraße 40 in Erlensee große Hakenkreuzfahnen und beklebten Wände, Schaufensterscheiben und andere Flächen mit Aufklebern der *NSDAP-AO*, die u. a. folgende Aufschriften trugen:

«Kauft nicht bei Juden!»

«Wir sind wieder da – NSDAP!»

«Kampf den Judenparteien –
CDU, CSU, SPD, FDP».

Am 28. Oktober beschmierten Unbekannte eine Außenfassade der Gesamtschule in Kelsterbach mit *NS-Symbolen* (Hakenkreuze und SS-Runen) und sprühten zwischen diesen Symbolen den Satz: «Raus mit den Roten» auf.

Beurteilung

Auch 1978 stellte der organisierte Rechtsextremismus keine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Seine Ablehnung durch die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger zeigte sich insbesondere bei den einzelnen Landtagswahlen, bei denen die NPD – auch in Hessen – schwere Verluste hinnehmen mußte und mehr als die Hälfte ihrer Wähler verlor.

Anlaß zur Besorgnis gibt jedoch das verstärkte Auftreten einzelner neonazistischer Aktivisten. Erstmals mußten konkrete Planungen terroristischer Gewaltaktionen festgestellt werden, die teilweise auch ausgeführt wurden. Diese rechtsextremen Aktivitäten erfordern eine besonders sorgfältige Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden. Eine wesentliche Aufgabe wird hierbei sein, im Vorfeld strafprozessualer Ermittlungen geplante Ausschreitungen oder Gewalttaten bereits frühzeitig zu erkennen und ihre Ausführung zu verhindern.

Linksextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* versteht sich als Abteilung der sowjetisch-orientierten kommunistischen Weltbewegung und hält starr an ihrer marxistisch-leninistischen Grundposition fest. Sie blieb mit ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Organisationen die bedeutendste und disziplinierteste linksextreme Kraft. Die Zahl ihrer Mitglieder konnte sie jedoch nicht weiter erhöhen. Die Bevölkerung erwies sich weitgehend immun gegen die Bestrebungen der *DKP*, Einfluß auf die politische Willensbildung zu gewinnen. Dies wird durch den bisher niedrigsten Stimmenanteil der *DKP* bei der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober mit 14 531 (0,4 %) der Stimmen verdeutlicht. In ihrer «Bündnispolitik» konnte die *DKP* 1978 jedoch erneut Teilerfolge erzielen.

Im Bereich der extremen *Neuen Linken (NL)* waren auch 1978 die maoistisch-kommunistischen Gruppierungen am stärksten vertreten. Sie lehnen nach wie vor den an Moskau orientierten orthodoxen Kommunismus ab. Der *Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)* und die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* folgten weiter der politischen Linie Chinas. Die *Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)* kritisierte diese Haltung und unterstützte die von der *Partei der Arbeit Albaniens* vertretene Richtung. Die Mitgliederzahlen dieser Gruppierungen weisen mit einer bedeutenden Ausnahme eine rückläufige Tendenz auf. Allein der *KBW* konnte seinen Mitgliederstand annähernd halten. Die von ihm durchgeführten Aktionen und Demonstrationen zeigten, daß er weiterhin bewußt und gewollt die Auseinandersetzungen mit den Organen der Staatsgewalt sucht. Unter den linksextre-

men Gruppierungen der *Undogmatischen Neuen Linken (UL)* stand 1978 weiterhin die politisch theoretische Diskussion über den Weg einer praktischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund.

An der Landtagswahl am 8. Oktober beteiligte sich nur der *KBW* mit eigenen Kandidaten und konnte 2 720 (0,1 %) der Stimmen erringen. Den höchsten Stimmenanteil (118 = 0,4 %) erzielte die Partei im Wahlkreis 36 (Frankfurt am Main V).

KPD, KPD/ML, der Kommunistische Bund (KB) sowie Gruppen der *UL* unterstützten die *Grüne Liste Hessen – Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie (GLH)*, die erstmals kandidierte und 37 696 (1,1 %) Stimmen erhielt. In deren Unterstützung und Wahl sahen sie die einzige Möglichkeit, einen Teil ihrer politischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Spektakuläre terroristische Gewalttaten wie Morde und Geiselnahmen fanden 1978 nicht statt. Dennoch entwickelten die Mitglieder der *Roten Armee Fraktion (RAF)* aus dem Untergrund heraus erhebliche Aktivitäten. Sie konnten jedoch bereits in ihren Vorbereitungshandlungen gestört werden. Dabei machten sie bei Festnahmen rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch.

Die Entdeckung von konspirativen Wohnungen in größerem Umfang weist darüber hinaus auf die weitere Anwesenheit von Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland hin. Die Unterstützerguppen des Terrorismus, insbesondere der *RAF*, lassen in ihren Handlungsweisen, Aufforderungen und Bekenntnissen eine gesteigerte Militanz in Worten und Taten erkennen. Deutlich zeigt dies die gewaltsame Besetzung der dpa-Redaktionsräume in Frankfurt am Main.

Auch die *Revolutionären Zellen (RZ)* zeigten weiterhin erhebliche Aktivitäten, die erst nach der Entdeckung einer dieser Gruppen in Frankfurt am Main zurückgingen.

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die *DKP* folgt ideologisch und politisch weiterhin vorbehaltlos der von *KPdSU* und *SED* vorgegebenen Linie und bekämpfte alle Befürworter einer Liberalisierung im Sinne des Eurokommunismus. Das vom 5. Parteitag der *DKP* (20. bis 22. Oktober in Mannheim) verabschiedete Parteiprogramm brachte in den grundlegenden ideologisch-politischen Aussagen keine Abweichungen von den bisherigen Grundsatzdokumenten. Es schreibt die bekannte verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei fest.

Die *DKP* bekennt sich im Programm unverändert zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und zu den Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien. Als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse will sie über die «sozialistische Revolution» und «Diktatur des Proletariats» (umschrieben als «sozialistische Umwälzung» und «politische Macht der Arbeiterklasse») eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Modell der Ostblockstaaten errichten. Nach Erringung der politischen Macht sollen auf der Grundlage sozialistischer Gesetze alle Versuche unterbunden werden, die alte Gesellschaftsordnung wiederherzustellen. Zur Frage der Gewaltanwendung erklärt das Programm ausweichend, es hänge von den Formen des Widerstandes ab, wie sich der Weg zum Sozialismus konkret gestalten werde.

Das Programm der *DKP* ist zugeschnitten auf das neu proklamierte Zwischenziel «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt». Angestrebt wird eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und die Schaffung der notwendigen Bedingungen für den Kampf um grundlegende «antimonopolistische Umgestaltungen» und das sozialistische Ziel.

Ins Detail gehende Aussagen über erst später zu lösende Aufgaben und über eine «sozialistische» Bundesrepublik Deutschland wurden vermieden, weil sie zu einer Verwischung der Unterschiede zwischen den einzelnen Etappen führen würden und eine Einschränkung der Bündnismöglichkeiten im gegenwärtigen Kampfabschnitt zur Folge hätten.

Die *DKP* war bemüht, Einheit und Geschlossenheit zu demonstrieren und sich als Avantgarde der Arbeiterklasse darzustellen, die, gestützt auf den «wissenschaftlichen Sozialismus», behauptet, allein in der Lage zu sein, die Probleme der Zukunft zu lösen. Mit dieser demonstrierten Zuversicht versuchte die *DKP*, ihre innerparteilichen Probleme zu überspielen. In den *DKP*-Grundorganisationen war eine zunehmende Resignation und Inaktivität der Mitglieder feststellbar. Insbesondere in den Betrieben stagnierte die organisierte Arbeit, die aber nach wie vor den Schwerpunkt darstellt. Nach eigenen Angaben hat die *DKP* 46 480 Mitglieder. Diese Zahl erscheint jedoch überhöht. Seit Ende 1977 (rd. 42 000 Mitglieder) wurde die Zahl der Neuerwerbungen durch die Abgänge nahezu ausgeglichen.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen gehören unverändert ca. 5 000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 128 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 37 Betriebsgruppen und 6 Hochschulgruppen organisiert. Orts- und Stadtteilgruppen gaben 80 Zeitungen heraus, außerdem erschienen 43 Betriebszeitungen und 5 Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge. Für Kassel und Marburg gibt die *DKP* außerdem Stadtzeitungen heraus.

In Vorbereitung auf die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im Januar 1979 führten die Vorstände der *DKP*-Grundorganisationen Einzelgespräche mit den Gruppenmitgliedern. Dabei wurden die Ursachen für die unterschiedliche Beteiligung an der Parteiarbeit ergründet und die Mitglieder zur aktiven Mitarbeit angehalten.

Für die *DKP* dokumentiert ihr Mitglieds-

buch «das Bekenntnis seines Besitzers zu Programm und Statut und zugleich das Recht und die Pflicht zur Mitwirkung an Gestaltung und Verwirklichung der Politik der *DKP*». Dies bedeute zugleich «hohe Opfer- und Kampfbereitschaft mit allen damit verbundenen persönlichen Belastungen» (Feldmann in «UZ» Nr. 260 v. 9. 11. 1978). 1978 veranstaltete die *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Zusammenarbeit mit der August-Bebel-Gesellschaft in Frankfurt am Main ihren zweiten Jahreslehrgang zur Weiterbildung von *DKP*-Mitgliedern, die für wichtige Funktionen in Betriebsgruppen und Gewerkschaften vorgesehen sind. Ab Januar 1979 nehmen in Kassel und Frankfurt am Main zwei *Marxistische Betriebsarbeiterschulen* der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen mit einjährigen Lehrgängen ihren Schulbetrieb auf. Sie sollen diese Arbeit als ständige Einrichtungen fortsetzen. An der *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen wurden *DKP*-Mitglieder aus Hessen in acht- und vierzehntägigen Grund- und Speziallehrgängen ausgebildet. In Moskau und Ost-Berlin wurden auch weiterhin die Funktionäre der Partei für Führungsaufgaben geschult.

Einen besonderen Schwerpunkt der *DKP*-Arbeit bildete die «Bündnispolitik» mit Aktionen gegen «Berufsverbote», Neofaschismus, Neutronenbombe und Hochschulgesetze sowie für das «Recht auf Arbeit». Dabei konnte die *DKP* erneut Tellerfolge bei ihren Bemühungen um Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften erzielen. Sie bediente sich bei der Ausrichtung von Veranstaltungen verstärkt der Mitwirkung von ihr beeinflusster Organisationen. Dadurch war die *DKP* für die Teilnehmer nicht immer als Initiator erkennbar, so bei den Kundgebungen und Demonstrationen gegen «Berufsverbote» am 28. Januar in Frankfurt am Main, gegen die Neutronenbombe am 20. Mai in Wiesbaden und gegen Neofaschismus am 17. Juni in Frankfurt am Main.

Zufrieden zeigte sich die *DKP* vor allem mit dem Verlauf ihrer Kampagne gegen die

«Berufsverbote». »Durch die solidarischen Aktivitäten der fortschrittlichen Kräfte seien die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, das System der Berufsverbotspraxis aus den Angeln zu heben. Es bestehe jetzt die Chance, den Anspruch von Kommunisten auf Einstellung in den öffentlichen Dienst durchzusetzen» (vgl. Mies in «UZ» Nr. 270 v. 21. 11. 1978).

Die Tariffkämpfe in der Druck- und Metallindustrie bildeten im März und Dezember den Schwerpunkt der *DKP*-Agitation in den Betrieben. Die *DKP* forderte zur Solidarität mit den streikenden Arbeitern und Angelstellten auf und protestierte gegen die Aussperrungen. Den Ausfall der Tageszeitungen während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie nutzte die *DKP* für den verstärkten Vertrieb ihrer Parteiorgane.

In Marburg, Kassel, Frankfurt am Main und Mörfelden-Walldorf veranstaltete die *DKP* Mitte 1978 Zeit- und Pressefeste mit zahlreichen politischen und kulturellen Veranstaltungen, an denen insgesamt annähernd 20 000 Personen teilnahmen. Auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen der *DKP* traten erneut Redner und Ensembles aus der *DDR* auf. Verstärkt reisten auch «Studiendelegationen» der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen aus Hessen in die *DDR*.

Zu den hessischen Landtagswahlen am 8. Oktober kandidierte die *DKP* in allen 55 Wahlkreisen sowie mit einer 59 Bewerber zählenden Landesliste. Sie führte ihren Wahlkampf unter großem finanziellen und materiellen Aufwand und nutzte alle Möglichkeiten der Werbung in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Bei Flugblattaktionen und an Informationsständen verbreiteten *DKP*-Mitglieder Wahlkampfschriften sowie auf den Wahlkampf ausgerichtete Betriebs- und Ortszeitungen in einer Gesamtauflage von 3,5 Millionen Exemplaren. Das Wahlergebnis war für die *DKP* enttäuschend. Sie erhielt 14 531 (0,4 %) Stimmen (Landtagswahl 1974: 28 699 = 0,9 %; 1970: 36 712 = 1,2 %). Selbst ihr bisher niedrigstes Wahlergebnis von 15 732 =

0,4 % Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1976 wurde noch unterschritten. Der *DKP*-Bezirksvorstand kündigte als Konsequenz aus dem Wahlergebnis an, die Partei werde künftig mit noch größerem Nachdruck für die Erweiterung ihres Einflusses unter den Arbeitern – vor allem der Großbetriebe – und der jungen Generation kämpfen sowie für die Festigung der Zusammenarbeit mit allen «demokratischen Kräften» wirken.

Die *DKP* war 1978 ständig bemüht, ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erhöhen und die Spendenfreudigkeit ihrer Mitglieder zu demonstrieren. Sie will damit dem Vorwurf der Fremdfinanzierung entgegenwirken. Tatsächlich war die *DKP* jedoch nicht in der Lage, die Ausgaben für ihren kostspieligen Parteiapparat aus eigenen Mitteln zu decken. Ihr sind auch 1978 bundesweit wieder mehr als 50 Millionen DM aus der *DDR* zugeflossen, einschließlich der Zuwendungen für ihre Nebenorganisationen und die von ihr geförderten Verlage und sonstigen Einrichtungen. Der auf Hessen entfallende Anteil beläuft sich auf etwa 5 Millionen DM.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentenbund
Spartakus (*MSB*)

Der *MSB* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus und betonte 1978 wiederholt seine enge Verbundenheit mit der *DKP*. Sein Einfluß in den Studentenparlamenten ist trotz geringfügig gestiegener Mitgliederzahlen zurückgegangen, an den Hochschulen jedoch nach wie vor spürbar. Der Verband verfügt über rd. 6 000 Mitglieder (1977: rd. 5 800) und ist damit weiterhin die mitgliederstärkste linksextreme Studentenorganisation. In Hessen bestehen aktive Gruppen des *MSB* an 8 Universitäten und Hochschulen mit unverändert rd. 1 200 Mitgliedern.

Die Marburger Gruppen des *MSB* veran-

stalteten am 3. Februar ein «Rote-Blätter»-Pressefest, an dem etwa 3 000 Personen teilnahmen.

Vom 12.–16. Juni führte der *MSB* an den hessischen Hochschulen eine Aktionswoche gegen die Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes durch. Höhepunkt dieser Kampagne war eine vom *MSB* initiierte und von zahlreichen Allgemeinen Studentenausschüssen getragene bundesweite Aktionswoche vom 27. November bis 2. Dezember. Die Veranstaltungen fanden nur wenig Anklang bei den Studenten an hessischen Hochschulen.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(*SDAJ*)

Die *SDAJ* erwies sich auch 1978 durch ihre Aktivitäten und Verlautbarungen faktisch als Jugendorganisation der *DKP*. Sie bemühte sich um Aktionsbündnisse mit demokratischen Jugendorganisationen und vertiefte ihre «brüderlichen» Verbindungen zur *FDJ* der *DDR*, zum sowjetischen *Komsomol* und anderen kommunistischen Jugendorganisationen. *SDAJ* und *MSB* veranstalteten am 13./14. Mai in Dortmund ein «Festival der Jugend» mit etwa 80 000 Teilnehmern (nach eigenen Angaben 200 000). Darunter waren 42 Delegationen ausländischer – meist kommunistischer – Jugendverbände. In Vorbereitung auf das Festival führte die *SDAJ* einen Wettbewerb zur Werbung neuer Mitglieder durch. Dieser brachte trotz zahlreicher Neueintritte keine wesentliche Erhöhung der Gesamtzahl der rd. 15 000 Mitglieder.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht aus rd. 1400 Mitgliedern. Sie sind in Kreisverbänden, 73 Orts- und Stadteilgruppen, 6 Schülergruppen und einer Betriebsgruppe organisiert. Von ihnen wurden 35 Betriebs-, Schüler- und Gruppenzeitungen in unregelmäßiger Folge herausgegeben. Die *SDAJ* verstärkte ihre Schulungsarbeit, unterstützte aktiv den Wahlkampf der *DKP* zur hessischen Landtagswahl, führte ihre

Kampagnen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel fort und versuchte Einfluß auf die Wahlen zu den Schülervertretungen zu nehmen. Der *SDAJ*-Bundesvorstand gab einen Leitfaden heraus, in dem die Bedeutung der Schülervertretungen im «Kampf für die Rechte der Schüler» sowie Fragen zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen behandelt wurden. In 14 hessischen Städten führte die *SDAJ* Veranstaltungen mit *FDJ*-Referenten aus der *DDR* zum Thema «Sozialismus live – So lebt die Jugend in der *DDR*» durch. Ferner organisierte sie zum gleichen Thema mehrere Reisen von Studierendelelegationen in die *DDR*.

Junge Pioniere (JP)

Die Kinderorganisation *Junge Pioniere* gründete 1978 mit Unterstützung von *DKP* und *SDAJ* weitere Kindergruppen und versuchte, über ein vielfältiges Freizeitprogramm junge Menschen bereits im Alter von 6 bis 14 Jahren mit kommunistischem Gedankengut vertraut zu machen. In Hessen bestehen 21 aktive *JP*-Gruppen. Sie veranstalteten Gruppennachmittage, Kinderfeste und Zeltlager. An Ferienaufenthalten in der *DDR* nahmen etwa 350 Kinder aus Hessen teil.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die *DKP* nutzte wieder das breite Spektrum an Organisationen, die sich meist unabhängig und überparteilich darstellen, aber tatsächlich unter erheblichem Einfluß der *DKP* stehen, um ihre politische Isolierung zu durchbrechen. Funktionäre dieser Organisationen übernahmen im Rahmen der kommunistischen Kampagnen die Ausrichtung von Massenaktionen und ermöglichten der *DKP*, im Hintergrund zu bleiben. Die bedeutendsten *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

Deutsche Friedensunion (DFU)

Die 1960 auf kommunistisches Betreiben als *Volksfrontpartei* gegründete *DFU* war bundesweit eine der aktivsten Organisationen im Rahmen der kommunistischen Bündnispolitik. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren Initiativen und Aktionen gegen Wett-rüsten, «Berufsverbote», Antikommunismus und Antisowjetismus.

In Hessen verfügt die *DFU* nur noch über kleinere Gruppen in einigen Stadt- und Landkreisen mit rd. 200 Mitgliedern. Aktivitäten gingen nur noch vom Landesvorstand aus.

Vereinigung

der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschisten (VVN – BdA)

Die *VVN – BdA* (bundesweit rd. 10 000 Mitglieder), die weiterhin unter maßgeblichem Einfluß der *DKP* steht, spielte eine bedeutende Rolle in der kommunistischen Antifaschismuskampagne. Sie war maßgeblich an der Entwicklung von «antifaschistischen Aktionsbündnissen» beteiligt und bemühte sich, hierfür internationale Aktionen ins Leben zu rufen.

Seit die *VVN* sich 1971 unter der Zusatzbezeichnung *Bund der Antifaschisten* in eine «Kampforganisation gegen Faschismus und Militarismus» gewandelt hat, konnte sie ihren natürlichen Mitgliederschwund durch Neuerwerbungen ausgleichen. Insbesondere der Eintritt einer größeren Anzahl junger Menschen trug zur Überwindung der politischen Bedeutungslosigkeit der *VVN* bei.

In Hessen waren etwa 300 Mitglieder der *VVN – BdA* politisch aktiv. Im Landesvorstand und in den Kreisvorständen dominiert die *DKP*.

«Neue Linke»

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der *KBW* steht nach wie vor hinter seinem Parteiprogramm von 1973, wonach die

«Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur» unter Anwendung von Gewalt als selbstverständliches Mittel angestrebt wird. Auf seiner 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz im September in Frankfurt am Main bekräftigte er die revolutionäre Linie der Organisation, die u. a. in der «Vorbereitung der proletarischen Revolution und des bewaffneten Aufstandes in Westdeutschland und West-Berlin» besteht. Dabei soll die Umwandlung der Organisation in eine «Parteiorganisation des Proletariats» erfolgen („Kommunismus und Klassenkampf“ 10/78 S. 10). Mit der Anerkennung der führenden Rolle der KP Chinas verdeutlicht der KBW seine prochinesische Einstellung, obwohl er als *Bruderpartei* bisher nicht anerkannt wurde. Die bundesweit in 3 Regional- und 38 Bezirksverbände gegliederte Organisation hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Ihr gehören etwa 2 500 Mitglieder an. Das Zentralorgan *Kommunistische Volkszeitung* erscheint wöchentlich (Auflagenhöhe 32 000), das theoretische Organ *Kommunismus und Klassenkampf* monatlich (Auflagenhöhe 10 000). In den Nebenorganisationen des KBW (*Kommunistischer Jugendbund [KJB]*, *Kommunistischer Studentenbund [KSB]*, *Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe [GUV]*, Soldaten- und Reservistenkomitees [SRK], Komitees und Initiativen gegen den § 218) sind etwa 1500 Mitglieder organisiert. In der KBW-Führung war 1978 eine Zentralisierung und Straffung erkennbar, die offensichtlich im Zusammenhang mit ideologischen Meinungsverschiedenheiten führender Funktionäre stand. Verbunden damit waren zahlreiche Parteiaustritte. Trotz dieser internen Auseinandersetzungen blieb der KBW die stärkste und geschlossenste Organisation der extremen *Neuen Linken*. Er verfügt in seiner Zentrale in Frankfurt am Main über ein technisch modernes Nachrichten- und Informationssystem, das eine schnelle Kommunikation zwischen der Zentralen Leitung und den

Regional- und Bezirksverbänden sicherstellt. Darüber hinaus eröffnete die Partei in Brüssel, London, Wien und Rom sogenannte *Internationale Nachrichtenverbindungen*. In «Spezialnachrichtendiensten» berichtete der KBW bundesweit zu Themen, die u. a. «Militär – Soldaten und Reservisten – Zivildienstleistende – Polizisten», «öffentlicher Dienst – Transport – Nachrichtenübermittlung» betreffen. In Erfüllung «der großen internationalistischen Pflicht, den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt mit aller Kraft zu unterstützen», führte der KBW zahlreiche Spendenkampagnen für die afrikanische Befreiungsorganisation ZANU (Rhodesien) durch. Bis jetzt wurden bundesweit bereits über eine Millionen DM gesammelt. Auch zur eigenen finanziellen Stärkung wird immer wieder zu Spenden aufgerufen. Zur Finanzierung seiner Organisation belastete der KBW seine Mitglieder erheblich. Er überforderte dabei teilweise deren Opferbereitschaft, was zu Parteiaustritten führte. Aufgrund einer vom KBW durchgeführten Neugliederung der Bezirksverbände in der Region Mitte (Sitz Köln) gliedert sich die Partei in Hessen jetzt in 4 Bezirksverbände, ca. 70 Betriebs-, Orts- und Stadtteilzellen mit etwa 400 Mitgliedern und 700–800 Anhängern. Im Mittelpunkt der Parteilarbeit in Hessen standen: Öffentliche Veranstaltungen zugunsten der Dritten Welt, Spendenkampagnen zur Stärkung der eigenen Organisation und der Unterstützung der Freiheitsbewegung «Patriotische Front» (Rhodesien) sowie die Durchführung des Landtagswahlkampfes. Der KBW nahm als einzige Partei der extremen *Neuen Linken* an der hessischen Landtagswahl 1978 teil. Mit verstärkter Propaganda versuchte er, neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen. An seinen öffentlichen Veranstaltungen nahmen bis zu 400 – ausnahmsweise auch 2000 – Personen teil. Dennoch entfielen auf ihn nur 2 720 Stimmen (weniger als 0,1 %). Der Verlauf der Aktionen und Demonstra-

tionen zeigte, daß der KBW bewußt die teilweise gewaltsame Auseinandersetzung insbesondere mit der Polizei suchte. So störten seine Mitglieder Gerichtsverhandlungen, verstießen gegen das Versammlungsgesetz und beachteten Demonstrationsverbote nicht. Dies führte zu über 350 Festnahmen. Die hessischen KBW-Bezirksverbände gaben 1978 45 Betriebs-, 40 Studenten- und 7 Schülerzeitungen heraus, die seit März unter dem Namen *Kommunistische Volkszeitung* mit Angabe des jeweiligen Betriebes, der Universität bzw. der Schule sowie des presserechtlich verantwortlichen Bezirksverbandes erschienen. Die Auflagenhöhe der Zeitungen lag zwischen 800 und 4 500 Exemplaren.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die KPD will weiterhin mit Gewalt den Sturz der «Bourgeoisie» herbeiführen und die «Diktatur des Proletariats» errichten. Die Partei ist bundesweit in 6 Regionalkomitees, 16 Ortsleitungen und mehr als 50 Zellen gegliedert. Sie hat ihren Sitz in Köln und gibt als Zentralorgan die Wochenzeitung *Rote Fahne* heraus (Auflagenhöhe 14 500). Finanzielle Schwierigkeiten sowie ein Schwund der Mitglieder auf etwa 550 (1977 etwa 700) führten bei der KPD zu einer Stagnation der politischen Arbeit. Mitbetroffen hiervon waren auch ihre Nebenorganisationen *Kommunistischer Jugendverband Deutschlands*, *Kommunistischer Studentenverband* und die *Liga gegen den Imperialismus*.

In Hessen hat sich die Zahl der Mitglieder und Anhänger der KPD halbiert und ist auf rd. 200 Personen zurückgegangen. Ihre Flugblattaktionen, Info-Stände und die Betriebsarbeit fanden wenig Resonanz unter der Bevölkerung. Zu eigenen Veranstaltungen konnte die Partei lediglich noch bis zu 200 Teilnehmer mobilisieren. An einem überregionalen «Fest der Internationalen Solidarität und Völkerfreundschaft» der *Liga gegen den Imperialismus* am

1. April in Offenbach nahmen etwa 1 000 Personen aus dem Bundesgebiet teil. Zu einem Schwerpunkt der Parteiarbeit hatte die KPD in Hessen die Unterstützung der *Grünen Liste Hessen* zur Landtagswahl erklärt, in der sie einen «positiven Ansatz des Zusammenschlusses von Demokraten, Sozialisten, Kommunisten und Umweltschützern» sah.

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Die KPD/ML trat weiterhin für die Durchführung der gewaltsamen proletarischen Revolution und Errichtung eines «sozialistischen Deutschlands» ein. Sie folgte der politischen und ideologischen Linie ihrer *politischen und ideologischen Arbeit Albanischer Bruderpartei, der Partei der Arbeit Albaniens (PAA)*, mit der Feststellung, Mao-Tse-tung sei von der Lehre des Marxismus-Leninismus abgewichen und somit nicht mehr als Klassiker dieser Lehre anzusehen. Das Bild Maos ist seit diesem Zeitpunkt nicht mehr im Titelbild des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans *Roter Morgen* (Auflage 10 000 Exemplare) enthalten. Die KPD/ML ist in die Sektion «Deutsche Bundesrepublik» mit den Landesverbänden «Nord», «Mitte», «Süd» sowie die Sektionen «Westberlin» und «DDR» gegliedert. Ihr gehören etwa 600 (1977 ca. 800) Mitglieder an. Zu Schwerpunkten der Parteiarbeit erklärte die KPD/ML 1978 den weiteren Aufbau von Massen- bzw. Revolutionären Organisationen (*Rote Garde, Antifaschistische Gewerkschaftsopposition, Landbevölkerungsfront, Revolutionäre Landbevölkerungsfront, Revolutionäre Bundeswehrabteilungen*), um so den politischen Einfluß unter der Bevölkerung zu erweitern. Mit der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)* will die KPD/ML organisiert in den DGB-Gewerkschaften «gegen den Arbeiterverrat der Bonzen» vorgehen. Parallel zu dieser offenen Arbeit ist eine eventuelle Arbeit in der Illegalität erkennbar.

In Hessen sind die etwa 150 Mitglieder der *KPD/ML* ausschließlich in den Großstädten in Ortsgruppen bzw. Betriebszellen zusammengefaßt. Sie sind dem Landesverband «Mitte» angeschlossen. Die Nebenorganisationen (*Rote Garde*, *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition*, *Antifaschistische Front*) sind mit Stützpunkten in Hessen vertreten. An den örtlichen Veranstaltungen der *KPD/ML* nahmen bis zu 200 Personen teil.

1978 verbreitete die *KPD/ML* 6 Betriebszeitungen. Davon erschienen 4 regelmäßig (monatlich) und 2 unregelmäßig mit etwa 30 Ausgaben.

Kommunistischer Bund (KB)

Der *KB*, der sich auf den Marxismus-Leninismus und seine Weiterentwicklung durch Mao-Tse-tung beruft, hatte mit internen Schwierigkeiten personeller und ideologischer Art zu kämpfen, die sich auf seine Aktivitäten erheblich auswirkten. In seinem 14tägig erscheinenden Zentralorgan *Arbeiterkampf* (Auflagenhöhe 13 000 gegenüber 24 000 Exemplaren im Jahre 1977) vom 11. Dezember führte er in einer Zwischenbilanz aus, daß er gegen die heute vorherrschende Modeströmung der «undogmatischen Theorien» und «alternativen Modelle» bis in die eigenen Reihen hinein anzukämpfen habe. In der Bundesrepublik Deutschland – mit Schwerpunktgebiet Hamburg – hat der *KB* etwa 1400 Mitglieder.

In Hessen gehören dem *KB* zwischen 80 und 100 Personen an. Er verfügt in Darmstadt, Frankfurt am Main und Kassel über Kontaktzentren, wobei seine politischen Aktivitäten vorwiegend von der Frankfurter Gruppe ausgehen. Sein Bemühen war es insbesondere, zu bestimmten Anlässen mit anderen linksextremen Gruppen sogenannte *Aktionseinheiten* (z. B. *Antifaschistische Aktionseinheit* gegen *NPD*-Veranstaltungen im März in Kassel, Juni, August und Oktober in Frankfurt am Main und im

November in Darmstadt) zu bilden, um einer weiteren Isolierung zu entgehen. Auch seine personelle und materielle Unterstützung der *Grünen Liste Hessen* zur Landtagswahl, die er – wie die *KPD* – als «wirkliche Alternative» zu den etablierten Parteien sah, diente diesem Ziel. Weitere Schwerpunkte bildeten seine Beteiligung an Aktionen gegen Kernkraftwerke sowie seine maßgebliche Unterstützung des *Russell-Tribunals*. Zu Veranstaltungen und Demonstrationen konnte der *KB* in Hessen im Höchstfall bis zu 300 Personen aktivieren.

Trotzkistische Gruppen

Die Vielzahl der untereinander konkurrierenden Gruppen und Fraktionen, die die Lehre von Leo Trotzki in ihrem Programm vertreten, blieb auch 1978 bedeutungslos. Der relativ größten trotzkistischen Gruppe, der *Gruppe Internationale Marxisten – Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM)* mit Sitz in Frankfurt am Main, gehören bundesweit unverändert rd. 500 Mitglieder an. Ihr Zentralorgan *was tun* erscheint wöchentlich (Auflagenhöhe 4 200). Trotz erheblicher innerer Differenzen bemühte sich die *GIM* in Gesprächen mit der *Kommunistischen Liga* und der *Gruppe Commune* – beides Abspaltergruppen des trotzkistischen *Spartacusbundes* – um die Bildung einer einheitlichen gemeinsamen Organisation. Obwohl dieses Ziel noch nicht erreicht werden konnte, wollen die Beteiligten ab 1979 eine gemeinsame theoretische Zeitschrift herausgeben. Die außerdem existierenden etwa 10 trotzkistischen Zirkel traten ausschließlich durch die Verbreitung ihrer Publikationen in Erscheinung.

Andere kommunistische Gruppen

Neben *KPD*, *KBW*, *KPD/ML* und dem *KB* waren auch 1978 weitere kleinere maoistische Gruppen örtlich aktiv. Überregionale

Bedeutung kam lediglich dem *Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)* mit seinen Nebenorganisationen *Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)* und *Kommunistische Studentengruppe (KSG)* sowie dem *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)* zu. Beide Gruppierungen entwickelten auch in Hessen Aktivitäten, die jedoch unter der Bevölkerung keine Resonanz fanden.

Undogmatische Neue Linke (UL)

Unter den linksextremen Gruppen der *UL*, die keine feste Organisationsform kennen und sich an kein Parteiprogramm gebunden fühlen, stand weiterhin die theoretische Diskussion über den Weg einer praktischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund. Einigkeit bestand in diesen Gruppen dahingehend, daß die marxistischen Theorien mit ihrer gesamten Tradition überholt seien und keinen praktischen Bezugsrahmen für die Lösung der Probleme der Gegenwart böten.

Um ihrem desolaten Zustand entgegenzutreten, um «Widerstandsformen in ihren politischen Zusammenhängen darzustellen und einzusetzen» sowie Ideen für einen neuen Kampf zu entwickeln, waren diese Gruppen 1978 an der Organisation mehrerer überregionaler Veranstaltungen beteiligt, so am

27.–29. Januar Berlin (West) «Nationaler Widerstandskongreß» Motto «Reise nach Tunix», etwa 6 000 Teilnehmer,

10.–12. März Frankfurt am Main «Nationaler Frauenkongreß» Thema «Frauenbewegung und politische Repression in der BRD», etwa 600 Teilnehmer,

30. April Frankfurt am Main «Walpurgisnacht» Thema «Frauen erobern sich die Nacht», etwa 2 500 Teilnehmer,

19.–21. Mai Frankfurt am Main «Grüner Jahrmarkt» mit dem Ziel, eine «Bewegung gegen die Metropole zu beginnen», etwa 1200 Teilnehmer.

Während der Veranstaltungen im Januar und April kam es dabei zu Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Das teilweise starke Engagement der Teilnehmer für Umweltfragen, gegenüber der angeblichen «Repression des Staates» sowie für die Probleme der Dritten Welt versuchten die extremen *UL-Gruppen* zu nutzen, um Solidaritätsansätze im Kampf gegen das «System» zu gewinnen.

Die Gruppen der linksextremen *UL* in Hessen beteiligten sich 1978 insbesondere in Frankfurt am Main an verschiedenen Aktionen, darunter auch an mit schweren Ausschreitungen endenden Großdemonstrationen. Diese richteten sich u. a. gegen Kernkraftwerke, *NPD*-Veranstaltungen und die politischen Verhältnisse im Iran. Die Teilnehmerzahl bewegte sich zwischen 1200 und 7 000. Im Wahlkampf zur Landtagswahl im Oktober unterstützten diese Gruppen die *Grüne Liste Hessen (GLH)*. Zwischen den verschiedenen Gruppen bestehen weiterhin tiefgreifende ideologische Meinungsverschiedenheiten. In der «Sponti-Zeitung» *Pflasterstrand (Nr. 33)*, dem Hauptsprachrohr der *UL*, wird die Frage gestellt,

«ob wir nicht nur Selbstbeweihräucherung betreiben und in Wahrheit uns nur um uns selbst drehen, eigentlich gar keine politische Arbeit machen, sondern die wirklichen politischen Bewegungen an uns vorbeiziehen, ob wir nur noch Zerfallsprodukte einer maroden Bewegung sind, die sich ihr Scheitern nicht eingestehen will».

In einem Diskussionspapier, das im Dezember von dem von der *UL* beherrschten *AStA* der Universität Frankfurt am Main herausgegeben wurde, wird angezweifelt, ob die marxistische Theorie heute noch in der Lage ist,

«die spezifischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen des Spätkapitalismus theoretisch so zu erfassen, daß sich aus ihr Chancen und Potentiale revolutionärer Veränderung bestimmen ließen.

Damit sind auch die Vorstellungen von der Übernahme der politischen Macht durch die leninistisch-organisierte Partei des Proletariats historisch ein für allemal überholt.»

«Ganz andere Bereiche werden nun zum Gegenstand der Theorie: was ›politische Macht‹ heißt, wird selbst noch problematisiert, der politisch-soziale Gehalt der Technik und die aus ihr resultierende Zerstörung der Natur werden untersucht. Es fehlt jedoch an den neuen Theorien und Kategorien, die geeignet wären, diese Probleme so zu reflektieren, daß sich eine neue politische ›Perspektive‹ damit formulieren ließe.»

Die verworrene Situation unter den «militanten» und «pazifistischen» *UL-Anhängern* in Frankfurt am Main wurde aber auch in verschiedenen Aktionen offensichtlich, als im Januar die «Frankfurter Stadthexen» die «notwendigen Unterlagen» zum Erscheinen des *Pflasterstrand* Nr. 23 geklaut haben», im November rd. 20 Personen in der Karl-Marx-Buchhandlung sämtliche Exemplare des Interviews mit H. J. Klein und des Bommi Baumann geklaut und vernichtet» haben, wobei die Täter in einer «Kommandoerklärung» (abgedruckt in *Pflasterstrand* Nr. 41) u. a. ausführten: «Wir haben den Buchladen von Cohn-Bendit deswegen

ausgewählt, weil dieser Opportunist wie auch der *Pflasterstrand* ähnliche Funktionen hat.»

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

Die schon 1977 zu beobachtende Entwicklung, daß die dogmatischen, an extreme Parteien gebundenen Hochschulgruppen zugunsten der undogmatischen Studentengruppen Stimmen verloren, hat sich 1978 fortgesetzt.

An den 5 hessischen Universitäten konnten die Gruppen der *Undogmatischen Neuen Linken* (*Sozialistische Hochschulinitiative*, *Linke Liste*, *Brecht das HHG*, *Lockere Liste*) ihre Sitzanteile in den Studentenparlamenten (Insgesamt 162 Sitze) von 52 auf 56 Mandate erhöhen. Der Einfluß des *Marxistischen Studentenbundes Spartakus* (*MSB Spartakus*) und des *Sozialistischen Hochschulbundes* (*SHB*) ging zurück. Sie verloren von 27 Mandaten 8. Der *KSB*, die Studentenorganisation des *KBW*, ist unverändert mit einem Sitz im Studentenparlament der Gesamthochschule Kassel präsent. An der Universität Frankfurt am Main fanden 1978 keine Studentenparlamentswahlen statt.

Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die RAF war die erste der im Untergrund operierenden Organisationen in der Bundesrepublik, die mit dem Mittel des «bewaffneten Kampfes» die freiheitliche demokratische Grundordnung zerstören wollen. Hervorgegangen ist die RAF aus der studentischen Protestbewegung Ende der sechziger Jahre. Ulrike Meinhof und Horst Mahler gaben der Gruppe in den folgenden Jahren ein gewaltideologisches Konzept. Dieses Konzept sieht den «bewaffneten Kampf» kleiner Guerillagruppen vor, um eine «revolutionäre Massenbewegung» auszulösen. Die Aktionen sollen u. a. deutlich machen, daß der Staat angreifbar sei und Schwächen habe.

Die RAF ist jedoch bei dem Versuch, ihre Aktivitäten der «Masse» als Teil eines politischen Konzeptes näherzubringen, gescheitert. Bei ihren letzten Aktionen fehlte bereits eine ideologische Rechtfertigung. Die ursprünglich vorhandene Sympathie von Linksextremisten im undogmatischen Bereich ist daher bei einem Teil von ihnen heftiger Kritik gewichen.

Die RAF unterscheidet sich in Aufbau und Methoden von den anderen Terrorgruppen wie *Revolutionäre Zellen* und *Bewegung 2. Juni*. Sie plant und begeht ihre Straftaten nur aus dem Untergrund heraus. Die Mitglieder des sogenannten harten Kerns leben in der Illegalität, umgeben von einem «legalen» Unterstützerkreis. Für die Wahl dieses Organisationsprinzips war vor allem entscheidend, daß eine Vermischung der «legalen» mit der «illegalen» Ebene eine zu hohe Gefährdung der Aktionsgruppen mit sich bringen würde. Während über die illegalen «Kommandos» naturgemäß wenige Erkenntnisse struktureller, personeller und organisatorischer Art vorliegen, ist der Unterstützerebereich besser bekannt. Er verteilt sich über das gesamte Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin und ist in Gruppen organisiert. Diese stellen insbe-

sondere den Informationsfluß in die und aus den Haftanstalten sicher, betreiben Häftlingsbetreuung und führen propagandistische Unterstützungskampagnen durch. Daneben dienen Personen der Unterstützerguppen als Anlauf- und Kontaktstellen der «illegalen» und als bevorzugter Rekrutierungsbereich. Beispielsweise wurde im September in Wiesbaden eine Person ermittelt, die dringend verdächtig ist, Kontakte zu Willy Peter Stoll unterhalten zu haben. Darüber hinaus liegen Erkenntnisse vor, daß mehrere Mitglieder der Unterstützerguppen in den Untergrund gegangen sind, um sich an Aktionen zu beteiligen.

Im Jahre 1978 entwickelten die verbliebenen Mitglieder des harten Kerns der RAF neue Aktivitäten. Sie unternahmen von Juni bis August insgesamt vier Hubschrauberflüge (einen davon in Hessen), die offensichtlich der Vorbereitung eines «Kommandounternehmens» dienen sollten. Spektakuläre Aktionen wie Morde und Geiselnahmen konnten nur deshalb verhindert werden, weil es gelang, die mutmaßlichen Täter in der Vorbereitungsphase zu überraschen.

Im Mai wurden vier mit Haftbefehl gesuchte Mitglieder der RAF in Jugoslawien festgenommen. Im September konnte Willy Peter Stoll in Düsseldorf gestellt werden. Als er versuchte, eine Pistole zu ziehen, machten die festnehmenden Beamten von ihren Schußwaffen Gebrauch. Stoll erlitt tödliche Verletzungen. Ebenfalls im September wurden die RAF-Mitglieder Michael Knoll und Angelika Speitel in einem Wald in der Nähe von Dortmund bei Schießübungen überrascht und nach einem Schußwechsel festgenommen. Ein Polizeibeamter wurde bei dem Einsatz getötet, Michael Knoll schwer verletzt. Er erlag Anfang Oktober seinen Verletzungen.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Eine weitere terroristische Organisation besteht aus „*Revolutionären Zellen*“. Sie

existieren seit 1973 und haben sich seither zu mehr als fünfzig Anschlägen verschiedenster Art bekannt. Neben Berlin und dem Ruhrgebiet war das Rhein-Main-Neckar-Gebiet ein Schwerpunkt der Aktionen der RZ.

Ihre Zeitschrift *Revolutionärer Zorn*, die letztmals im April 1978 mit der Ausgabe Nr. 5 erschien, war im Umfeld terroristischer Kreise stark verbreitet. Darin wurden die Ziele, die Strategie und das Organisationsprinzip der RZ beschrieben.

Bei ihren Aktionen achten die RZ sorgfältig darauf, daß diese der «Masse» vermittelbar erscheinen. Im Unterschied zur RAF, deren brutale Mißachtung von Menschenleben kritisiert wird, sehen die RZ die Möglichkeit der «Revolution» nur dann gegeben, wenn eine möglichst breite «Masse» in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gewonnen werden kann; daher auch ihre ständige Aufforderung: «Schafft viele Revolutionäre Zellen».

Die Organisationsform der RZ unterscheidet sich erheblich von der der RAF. Die Mitglieder der RZ decken ihre terroristischen Aktivitäten mit einer bürgerlichen Existenz ab. Sie leben und arbeiten «normal» in der Gesellschaft und führen ihre Anschläge als «Feierabendterroristen» durch. Durch diese Arbeitsweise ersparen sich die Mitglieder besondere Unterstützergruppen und vermeiden ein Leben im Untergrund.

Die RZ zwingen ihren Mitgliedern kein bestimmtes Vorgehen auf, sondern wollen ihnen verschiedene Möglichkeiten des Widerstandes zeigen. Die Skala reicht bis zu schweren Sprengstoffanschlägen, bei denen Personenschäden häufig in Kauf genommen wurden.

Im Verlauf des Jahres ist in Hessen eine Vielzahl der verschiedensten Aktionen der RZ bekanntgeworden. Sie zeigen deutlich, was von den RZ als «Widerstand auf allen Ebenen» bezeichnet wird:

27. Januar: Sprengstoffanschläge gegen Stationshäuschen des Frankfurter-Verkehrs-Verbundes (FVV),

13. Februar: Sprengstoff- und Brandanschlag gegen Bedienstete des FVV,

9. März: Sprengstoffanschlag auf Fahrkartenautomaten,

28. März: Sprengstoffanschlag auf das ESWE-Hochhaus in Wiesbaden,

8. April: Sprengstoffanschlag auf das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt am Main,

20. Juni: Sprengstoffanschlag auf die israelische Firma „AGREXCO“ in Frankfurt am Main,

10. November: Anschläge mit Buttersäure und Sprengstoff gegen Bedienstete des FVV.

Im Jahre 1978 ist es den Sicherheitsbehörden gelungen, eine *Revolutionäre Zelle* in Frankfurt am Main aufzudecken. Von den insgesamt fünf identifizierten Personen wurde eine festgenommen, die anderen vier sind flüchtig. Sie werden mit Haftbefehl gesucht. Im September wurde in Wiesbaden ein umfangreiches Waffenlager der RZ aufgefunden. In diesem Zusammenhang wurde eine Person festgenommen.

Bewegung 2. Juni

Diese terroristische Organisation, die durch schwere Straftaten, z. B. die Morde an Kammergerichtspräsident von Drenkmann und Ulrich Schmücker, bekanntgeworden ist, hat ihren Ursprung in Berlin. Die *Bewegung 2. Juni* kann zwischen RAF und RZ eingeordnet werden. Mit den RZ hat sie die strikte «Massenbezogenheit» ihrer Aktionen, mit der RAF die Methoden des Kampfes aus dem Untergrund gemeinsam. Innerhalb der *Bewegung 2. Juni* bestehen 2 Fraktionen. Die eine Richtung hält das strategische Konzept der RZ für richtig und befürwortet Aktionen, die den «Interessen der Masse» zu dienen schelen. Die andere Richtung läßt eine Ähnlichkeit mit dem Konzept der RAF erkennen.

Die *Bewegung 2. Juni* war verantwortlich für die mit Waffengewalt erzwungene Befreiung ihres Mitglieds Till Meyer aus dem Justizvollzug in Berlin. Meyer konnte jedoch kurze Zeit später in Bulgarien wieder

festgenommen und den deutschen Behörden überstellt werden. Außerhalb Berlins sind Anschläge der *Bewegung 2. Juni* bisher nicht bekanntgeworden. Es bestehen jedoch Anhaltspunkte, daß sie von Gruppen aus anderen Bundesländern, auch aus Hessen, unterstützt wird.

Vorfeld des Terrorismus

Die verschiedenen Unterstützerguppen haben ihre Arbeit im Vorfeld des Terrorismus fortgesetzt. Dabei handelt es sich um von anderen Organisationen unabhängige *Rote Hilfen*, *Schwarze Hilfen*, *Folterkomitees*, *Knastgruppen* u. ä. Eine Hauptaufgabe sahen diese Gruppen in der Haftlingsbetreuung durch persönliche und briefliche Kontakte zur Aufrechterhaltung der Solidarität und des gegenseitigen Informationsaustausches. Daneben führten sie verschiedene «Solidaritätskampagnen» durch. So beteiligten sich im März hauptsächlich Personen der Unterstützerguppen aus Wiesbaden und Frankfurt am Main an einer Sympathiekundgebung anlässlich des Prozesses gegen Günter Sonnenberg in Stuttgart-Stammheim. Dabei wurde seine Freilassung verlangt und zur «Solidarität mit der RAF» aufgerufen. Hessische Gruppen beteiligten sich auch an einer großangelegten Solidaritätskampagne für die am 15. September in London festgenommene deutsche Terroristin Astrid Proll. Zum Todestag von Baader, Ensslin und Raspe fand am 21. Oktober in Frankfurt am Main eine «Antimperialistische Woche» statt. Neben Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet nahmen Vertreter ausländischer «Befreiungsbewegungen» und «antimperialistischer» Widerstandsorganisationen teil.

Die sogenannten *Russell-Unterstützerguppen*, darunter drei aus Hessen, verfolgten, das Thema «Haftbedingungen politischer Gefangener» in das *Russell-Tribunal* einzubringen. Während dessen 1. Sitzungsperiode im März wurde von ihnen die evangelische Kirche in Frankfurt-

Harheim besetzt. Damit sollte die Behandlung der Haftbedingungen politischer Gefangener und die Untersuchung der «Morde von Stammheim» erreicht werden. Nachdem die Gremien des «Tribunals» wiederholt diese Bestrebungen zurückgewiesen hatten, konnten die Unterstützerguppen auf der 2. Sitzungsperiode im Januar 1979 in Köln einen Teilerfolg verbuchen. Unter dem Thema «Einschränkung der Verteidigerrechte» wurden auch die «Haftbedingungen» behandelt.

Mitglieder verschiedener Unterstützerguppen aus Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Frankfurt am Main besetzten am 6. November als *Kommando Michael Knoll und Willy Peter Stoll* gewaltsam die Redaktionsräume der Deutschen Presseagentur (dpa) in Frankfurt am Main. Mit dieser Aktion sollte die Verbreitung einer Erklärung über die Haftbedingungen der terroristischen Gewalttäter *Dellwo* und *Hoppe* erzwungen werden. Die Besetzung zeigte deutlich die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen in Vorbereitung und Ausführung ihrer Aktionen. Darüber hinaus wurde eine erhebliche Steigerung ihrer Militanz erkennbar, die bis zu der in der vorbereiteten Erklärung enthaltenen Aufforderung ging:

«Den antimperialistischen Kampf offensiv führen – die Politik bewaffnen – den Kampf der gefangenen Kämpfer draußen aufgreifen – die Guerilla aufbauen.»

Einige der Unterstützerguppen gaben Flugblätter, Broschüren und Zeitschriften heraus oder veröffentlichten ihre Beiträge in verschiedenen *Alternativzeitungen*. Bis September erschien in Wiesbaden die Monatszeitung *Provinz-Zeitung für Wiesbaden und Mainz*, in der theoretische Diskussionen über Gewaltanwendung, «Stadtguerilla» und Zusammenarbeit der «legalen» Unterstützer geführt wurden. Mit der Nr. 27 vom September 1978 wurde das Erscheinen dieses Blattes jedoch eingestellt. Eine andere Zeitschrift, die terroristische Gruppen propagandistisch unterstützt, ist die *Sumpfbüthe – Info der Fachhochschul-*

sumpflüten. Sie beschäftigt sich in der Hauptsache mit RAF-Themen, Hungerstreikerklärungen inhaftierter Terroristen und berichtet über Haftbedingungen «politischer Gefangener». Dabei wurden die Organe des Staates beschuldigt, in den Gefängnissen zu morden und zu foltern. Der in Hessen herausgegebene *Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)* eröffnet auch terroristischen Gruppen die Möglichkeit, ihre Mitteilungen unter dem Thema «Prozesse, Repression, Widerstand» abzdrukken.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Wie bereits 1977 gingen auch 1978 die größten Aktivitäten extremer Ausländergruppen in Hessen von den in der *Conföderation Iranischer Studenten – National-Union (CISNU)* organisierten iranischen Studenten und von Türken links- und rechtsextremer Organisationen aus. Die Aktivitäten dieser Gruppen richteten sich in erster Linie gegen die Verhältnisse in ihren Heimatländern. Vielfach wurden die Aktionen durch inländische linksextreme Gruppen personell unterstützt. Daneben traten extreme palästinensische und kroatische Gruppen in Erscheinung. Die übrigen extremen Ausländergruppen beschränkten sich im wesentlichen auf Versammlungen.

Iranische Gruppen

Die in der *Föderation Iranischer Studenten (FIS)* organisierten Studenten, deren Dachverband die *Conföderation Iranischer Studenten – National-Union (CISNU)* ist, führten 1978 zahlreiche Flugblattaktionen, «Hungerstreiks» und Demonstrationen, überwiegend im Rhein-Main-Gebiet, durch. Alle Aktionen hatten das Ziel, die

deutsche Öffentlichkeit auf die Verhältnisse im Iran aufmerksam zu machen.

Am 16. September kam es in Frankfurt am Main anlässlich einer Demonstration gegen das Schah-Regime zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und rd. 3 000 Demonstranten, weil diese sich nicht an die polizeilichen Auflagen hielten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden 5 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt; es entstand erheblicher Sachschaden. 5 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Mit Flugblättern, Zeitungsaufrufen und in Versammlungen forderte die *CISNU* im gesamten Bundesgebiet zur Teilnahme an einer Demonstration am 25. November in Frankfurt am Main auf. Die Demonstration sollte die Öffentlichkeit über die «Terrormaßnahmen des Schah-Regimes und über den gerechten Kampf der iranischen Völker aufklären». Bereits am Vorabend der Demonstration veranstaltete die *CISNU* gemeinsam mit linksextremen deutschen Gruppen ein «Teach-in» in der Universität in Frankfurt am Main, an dem rd. 1000 Personen teilnahmen.

Zu der Demonstration selbst waren Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, vor allem verschiedene maoistische und sozial-revolutionäre Gruppierungen der *CISNU*. Außerdem beteiligten sich die maoistisch ausgerichtete *Türkische Studentenföderation in Deutschland e. V. (ATOEF)* und die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* sowie linksextreme deutsche Gruppierungen an der Veranstaltung. Rund 7 000 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Nach zunächst relativ friedlichem Verlauf wurde auf dem Rückmarsch zur Universität der offenbar vorher geplante Versuch unternommen, das US-Generalkonsulat zu stürmen. Als sich Polizei den Demonstranten entgegenstellte, kam es zu ersten schweren Zusammenstößen. Die Demonstranten griffen die Beamten mit Schlagwerkzeugen an und bewarfen sie mit Steinen. Die Polizei setzte Wasserwerfer und

Schlagstöcke ein. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Demonstranten mit Baukrampen, Transparentlatten und anderen Schlagwerkzeugen auf die Polizeibeamten einschlugen. Sie rissen das Straßenpflaster auf und errichteten aus parkenden Pkw Straßensperren. Im Anschluß an diese Auseinandersetzungen kam es im gesamten Bereich des Frankfurter Westends zu weiteren schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Es wurden etwa 400 Personen, darunter nahezu 200 Polizeibeamte, zum Teil schwer verletzt. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf mehrere 100 000 DM. 15 Personen wurden vorläufig festgenommen. Gegen zahlreiche weitere Demonstranten wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

In einer «Erklärung der CISNU zur Frankfurter Demonstration vom 25. 11. 1978» wird versucht, die Ausschreitungen zu rechtfertigen. Die Polizei wird beschuldigt, die Auseinandersetzungen provoziert zu haben.

Türkische Gruppen

Die bereits im Vorjahr festgestellte Tendenz extremer türkischer Gruppen, innenpolitische Streitigkeiten ihres Heimatlandes in das Gastland hineinzutragen und den Gegner auch mit Gewalt zu bekämpfen, hat sich verstärkt.

Die rechtsextrem eingestellten Türken gründeten als Zusammenschluß von nationalistischen Vereinen am 18. Juni in Frankfurt am Main die *Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa (ADUETDF)*.

Mit der Gründung der *ADUETDF* und dem Besuch des Vorsitzenden der *Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)*, Alparslan Türkeş, im Oktober in der Bundesrepublik Deutschland hat die *MHP* ihre in den vergangenen Jahren gezeigte Zurückhaltung aufgegeben. Ihre politische Agita-

tion wird vornehmlich von einem militanten Antikommunismus und von religiösem Erneuerungsbewußtsein im Zeichen des Islams getragen. Die Jugendorganisation dieser rechtsextremen Partei wird auch als *Graue Wölfe* bezeichnet.

Das Vereinslokal des der *MHP* nahestehenden *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main* war wiederholt Ziel von Schmieraktionen. Während einer Folkloreveranstaltung des *Kulturvereins* am 1. November in Frankfurt am Main, Volkshaus, wurde nach telefonischer Vorwarnung nach Beendigung der Veranstaltung ein selbstgebastelter Sprengkörper mit hochexplosiver Mischung aufgefunden, dessen Zündvorrichtung versagt hatte.

1978 entwickelten vor allem Anhänger der maoistischen *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* und der ebenfalls maoistischen *Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATOEF)* besondere Aktivitäten.

Im einzelnen wurden u. a. folgende Aktionen bekannt: Im Januar/Februar führten die *ATIF* und *ATOEF* in Darmstadt, Gelsenheim und Frankfurt am Main unerlaubte Plakataktionen durch. Die Plakate waren u. a. mit dem Aufruf versehen: «*MHP*-Vereine und alle Faschistennester müssen geschlossen werden.»

Anläßlich einer Veranstaltung am 11. Februar in der Stadthalle Rüsselsheim kam es unter den etwa 200 türkischen Versammlungsteilnehmern zu Streitigkeiten, die in Tötlichkeiten ausarteten. Zehn Personen wurden verletzt und mußten ambulant behandelt werden. Im Versammlungsraum entstand erheblicher Sachschaden.

In Flugblättern wandten sich *ATIF* und *ATOEF* im Mai in Darmstadt gegen die «zunehmenden Angriffe der westdeutschen Polizei» auf ihre Organisationen. Die Polizei beabsichtige, *ATIF* und *ATOEF* zu verbieten, um damit den «Kampf» der Arbeiter und Studenten aus der Türkei und deren Organisationsfreiheit zu unterbinden.

Am 1. November beteiligten sich in Frankfurt am Main aus Anlaß einer Veranstaltung

des *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung e. V.* rd. 2 500 Personen an einer Gegendemonstration, darunter Anhänger der orthodox-kommunistisch beeinflussten *Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF)* und der maoistischen *Föderation der Arbeiter aus der Türkei (ATIF)*. Die Protestaktion war durch die falsche Information, der Vorsitzende der *MHP – Türkes* – werde in Frankfurt am Main als Referent auftreten, ausgelöst worden.

Die 15. Vollversammlung der maoistischen *ATOEF* fand am 10./12. November in Frankfurt am Main statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 1250 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Die *ATOEF* führte während der Tagung am 11. November eine Demonstration «Gegen das faschistische Schah-Regime und für Freiheit und nationale Unabhängigkeit des Iran» durch. Teilnehmer: ca. 800 Personen; vorwiegend Türken und Iraner.

Zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Türken unterschiedlicher politischer Richtungen kam es am 28. Dezember in Rüsselsheim. Ein Türke wurde verletzt von der Polizei aufgefunden und mit Kopfverletzungen in das Krankenhaus eingeliefert. Vier weitere Türken wurden vorläufig festgenommen. Anlaß der Auseinandersetzung war die Verteilung von Flugblättern durch vermutlich linksextreme Türken, mit denen zur Teilnahme an einer Demonstration der *ATIF* am 30. Dezember in Dulsburg aufgerufen wurde. Die Polizei stellte bei den beteiligten Personen Schlagketten und Messer sicher.

Palästinensische Gruppen

Vom 23.–29. Januar fand in Frankfurt am Main die alljährliche «Palästina-Woche» statt, die mit Unterstützung deutscher linksextremer Gruppen vorbereitet worden war. In mehreren Film- und Vortragsveran-

staltungen wurde der «Befreiungskampf des palästinensischen Volkes» verherrlicht und zur aktiven Unterstützung der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* aufgerufen. Die «Palästina-Woche» wurde am 29. Januar mit einem «Palästinafest» (500 Personen) im «Haus Dornbusch» abgeschlossen.

Ende Januar ging u. a. beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in Bonn ein Schreiben in englischer Sprache ein, in dem die *Arabische Revolutionäre Armee (A.R.A.) – Palästinensisches Kommando* – erklärte, daß mit Beginn der Exportsaison im Januar Orangen aus Israel vergiftet würden. Die Aktion werde zur Unterstützung der unterdrückten palästinensischen Arbeiter in den besetzten Gebieten mit dem Ziel geführt, die israelische Wirtschaft zu sabotieren. Die klassische Zeit der *Fedayin* sei vorbei und die *A.R.A.* betrachte nun alle Mittel zur Erreichung ihrer Ziele als gerechtfertigt. Das Schreiben schließt mit dem Aufruf: «Sieg dem arabischen Kampf!» Es war mit einem Emblem ähnlich dem der *Roten Armee Fraktion (RAF)* – fünfzackiger Stern mit Maschinengewehr – versehen. In Hessen wurden, ähnlich wie in anderen Bundesländern, einige Verdachtsfälle einer Quecksilbervergiftung gemeldet, die auf den Genuß von präparierten Orangen zurückgeführt wurden.

Anfang Mai warben die *Informationsstelle Palästina* in Bonn, der *Palästinensische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin (PSV)* und das Sekretariat des *Palästina- und Nahostkomitees in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin* mit Plakaten und Handzetteln für die Rundreise einer *PLO*-Delegation durch die Bundesrepublik Deutschland anläßlich des «30. Jahrestages des zionistischen Staates Israel». Am 21. Mai besuchte die *PLO*-Delegation Frankfurt am Main und führte dort unter Beteiligung von deutschen linksextremen Gruppen eine Veranstaltung im Volksbildungsheim mit ca. 700 Personen durch.

Kroatische Gruppen

Kroatische Emigrantenorganisationen entwickelten vor allem Mitte des Jahres verstärkte Aktivitäten, als acht in der Bundesrepublik Deutschland lebende Exilkroaten auf Ersuchen des jugoslawischen Bezirksgerichtes Belgrad vorübergehend in Abschiebehaft genommen worden waren. Der *Kroatische Nationalrat (HNV)* – Dachorganisation der kroatischen Widerstandsbewegung auf internationaler Ebene – organisierte am 8. Juli in Frankfurt am Main eine Demonstration gegen die Auslieferung der in Abschiebehaft einsitzenden Exilkroaten. In Flugschriften bestritten die Kroaten jede Beziehung zum Terrorismus und wandten sich gegen einen Austausch deutscher Terroristen gegen in der Bundesrepublik Deutschland lebende Landsleute. Die in Hessen wohnhaften Kroaten Dragoja und Milicevic wurden durch Beschlüsse des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main auf freien Fuß gesetzt, da in beiden Fällen die Gründe für das Auslieferungsbegehren nicht als ausreichend angesehen wurden.

An einer weiteren vom *HNV* unter dem Motto «Verletzung der Menschenrechte in Jugoslawien» veranstalteten Demonstration am 25. November in Frankfurt am Main beteiligten sich etwa 600 Personen. Während des Demonstrationzuges durch die Frankfurter Innenstadt führten die Demonstranten zahlreiche Spruchbänder mit und riefen in Sprechchören: «Tito-Mörder», «Wir fordern ein freies Kroatien in einem freien Europa», «Nieder mit Titos Mörderstaat».

Beurteilung

In einigen Gruppierungen des Ausländerextremismus war eine zunehmende Radikalisierung festzustellen. Dies stellt zwar gegenwärtig keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Eine sorgfältige Überwachung dieser Bestrebungen ist aber erforderlich, um möglichen Gefährdungen der inneren Sicherheit und auswärtiger Befange rechtzeitig entgegenzutreten zu können.

Spionageabwehr

Allgemeine Lage

Auch die 1978 bekanntgewordenen zahlreichen Spionagefälle haben erneut die unvermindert anhaltenden Aktivitäten der Geheimdienste aller Staaten des kommunistischen Machtbereiches deutlich werden lassen. Ausspähungsziel sind alle Gruppierungen unserer Gesellschaft. Die Zahl der Personen, die von Nachrichtendiensten kommunistischer Staaten zu einer Spionagetätigkeit aufgefordert wurden, hat sich ebenso erhöht wie die Zahl der bekanntgewordenen Spionageaufträge.

Werbungsanlässe

Die DDR-Nachrichtendienste waren auch 1978 bestrebt, die zwischen beiden deutschen Staaten bestehenden Kontakte für nachrichtendienstliche Zwecke zu nutzen. Dies gilt insbesondere für den Reiseverkehr sowie die legalen Übersiedlungen in die Bundesrepublik Deutschland, die gegenüber dem Vorjahr um 10 % stiegen. Die privaten Besuchsreisen von Bundesbürgern in die DDR werden unvermindert von den DDR-Nachrichtendiensten als Kontaktmöglichkeit genutzt. Außerdem war die DDR auch weiterhin bestrebt, Informationen über Fluchthilfeorganisationen zu sammeln, um diese unterwandern zu können. Ziel dieser Bemühungen ist neben der Verhinderung von Fluchtvorhaben auch deren bewußte Unterstützung, wenn es um die Tarnung der Einschleusung geheimer Mitarbeiter geht. Die Kontaktaufnahme im Bundesgebiet erfolgt weitgehend über Brief- und Telefonanbahnungen.

Die folgenden Briefe sind insofern beispielhaft, als insbesondere die «freie Mitarbeitertätigkeit» und der «Gedankenaustausch» von den Diensten der DDR gesucht werden.

Darüber hinaus ist nicht aus allen Briefen klar erkennbar, daß sie aus der DDR stammen. Die Absenderangaben differie-

ren von Privatpersonen bis zu halbamtlichen Stellen; auch werden Institute und Gesellschaften der verschiedensten Art als Absender angegeben.

Sehr geehrter Herr . . .

Sie werden überrascht sein, von einer Ihnen unbekannt Person einen Brief zu erhalten.

Bei Unterhaltungen mit Studienkollegen wurde beiläufig Ihr Name erwähnt. Ich mußte daraus schließen, daß Sie sich ebenfalls noch in der Studiausbildung befinden.

Seit längerer Zeit beschäftige ich mich mit den Problemen der Studenten in der DDR und interessiere mich insbesondere für einen Ausbau der studentischen Mitverwaltung.

Mich würde daher entsprechendes Vergleichsmaterial aus der BRD interessieren. Gleichzeitig wäre es aber erforderlich, den direkten Gedankenaustausch mit Bürgern der BRD zu pflegen.

Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie sich zu einer Informationsreise in die DDR entschließen könnten. Reise- und Aufenthaltskosten werden von unserer Organisation übernommen.

Ich würde mich freuen, von Ihnen für die nahe Zukunft eine positive Nachricht zu erhalten.

Eventuelle Einzelheiten könnten dann noch telefonisch abgesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Herrn

Unser Zeichen / Ihr Zeichen

Bezug:

Betreff: Terminvorschlag

Sehr geehrter Herr . . .

bezugnehmend auf Ihre Anzeige in der FAZ sowie unser Telefonat vom [] darf ich Ihnen folgendes zur Kenntnis geben.

Der Eingang Ihrer detaillierten Bewerbungsunterlagen ist für mich das sichere Zeichen, daß Sie einer nebenberuflichen freien Mitarbeiter Tätigkeit nicht ablehnend gegenüberstehen.

Wir sind nach wie vor an Ihrer persönlichen Vorstellung bei uns interessiert, da wir erneut eine Stelle zu besetzen haben, die Ihrer Qualifikation entsprechen dürfte.

Zur Regelung der Einzelheiten halte ich daher ein persönliches Gespräch für erforderlich.

Die Unterredung sollte deshalb unverzüglich in Berlin (DDR) stattfinden.

Da ich mich nicht ständig in Berlin aufhalte, bitte ich Sie, mir rechtzeitig einen Vorschlag zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Häufige Kontaktanlässe sind nach wie vor Stellengesuche in der Presse. Zielpersonen der DDR-Nachrichtendienste sind hierbei vermehrt Inserenten, bei denen Fachkenntnisse auf technischem Gebiet erkannt oder vermutet werden. Personen, deren beruflicher Werdegang noch nicht abzusehen ist, bleiben jedoch auch interessant. Das gilt insbesondere für Studenten, die nach einer Anbahnung häufig veranlaßt werden, sich im Anschluß an das Studium in ganz bestimmten Bereichen zu bewerben.

Ein wesentlicher Teil der Spionagetätigkeit ging von den offiziellen Vertretungen der kommunistischen Staaten im Bundesgebiet aus; in diesen Vertretungen unterhalten die gegnerischen Nachrichtendienste sogenannte *Legale Residenturen*. Im Bereich der offiziellen sowjetischen Vertretungen im westlichen Ausland ist in den zurückliegenden 20 Jahren ein Anwachsen des nachrichtendienstlich tätigen Personals festzustellen. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit sowjetischer Nachrichtendienste ist weiterhin die Ansprache von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die sich um eine Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland bemühen. So wurde ein

30jähriger aussiedlungswilliger Techniker schriftlich zu einer KGB-Dienststelle vorgeladen. Nach der Befragung über Zweck und Ziel seiner beabsichtigten Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland versuchte man, ihn für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit im Bundesgebiet zu gewinnen. Des weiteren wurde der Techniker aufgefordert, vor seiner Übersiedlung Informationen über jene Personen deutscher Volkszugehörigkeit zu beschaffen, die sich an antisowjetischen Demonstrationen beteiligt hätten. Nachdem der Angesprochene das Ansinnen abgelehnt hatte, mußte er dennoch eine schriftliche Schweigeeckklärung unterschreiben.

Auch die polnischen Nachrichtendienste haben Aussiedlungsanträge Volksdeutscher in Polen sowie Anträge zu Besuchsreisen in das Bundesgebiet für nachrichtendienstliche Ansprachen mit dem Ziele der Anwerbung genutzt. Vermehrt wurden Versuche bekannt, Deutsche, die sich geschäftlich oder als Touristen in Polen aufhielten, nachrichtendienstlich anzuwerben.

Eine besondere Bedeutung gewinnen dabei in zunehmendem Maße polnische staatliche Institutionen, als deren Repräsentanten und Verhandlungspartner auch gegenüber hessischen Wirtschaftsunternehmen Angehörige des polnischen Nachrichtendienstes auftraten.

Die Aktivitäten der übrigen kommunistischen Nachrichtendienste haben ebenfalls nicht nachgelassen. Sowohl die offiziellen als auch die halboffiziellen Vertretungen dieser Länder beherbergen sogenannte Legalresidenturen. Botschaften, Konsulate, Fremdenverkehrsämter, Handelsbüros, Fluggesellschaften usw. beschäftigen zum Teil nachrichtendienstlich geschulte Mitarbeiter. Hierbei sind die zivilen und die militärischen Nachrichtendienste vertreten. Die Nachrichtendienste aller Ostblockländer nutzen daneben den Touristenstrom aus dem westlichen Ausland vermehrt zu Ansprachen.

Umfang der Werbungen und Werbungsversuche

Die Zahl erkannter Werbungen und Werbungsversuche stieg gegenüber 1977 um mehr als 10 %. Die stärksten Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland gingen, gemessen an den Werbungen und Werbungsversuchen, mit über 70 % der registrierten Fälle von den Geheimdiensten der *DDR* aus. Diese Prozentzahl entspricht in etwa auch den Erfahrungen in Hessen. Es folgen – auf das Bundesgebiet bezogen – erneut die Nachrichtendienste Polens (9 %), der *CSSR* (8 %) und der *UdSSR* (5 %). In Hessen ist der Anteil der tschechoslowakischen Dienste jedoch zweimal höher als im Bundesgebiet; eine Tendenz, die sich bereits 1977 abzeichnete.

Werbungsmittel

Die Werbungsmittel der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten sind im wesentlichen gleich geblieben. Eine erhebliche Anzahl von angesprochenen Personen wird in der Anbahnungsphase über den tatsächlichen Auftraggeber im unklaren gelassen. Die hierbei benutzten Mittel schließen die intensive Einbeziehung und Ausnutzung der Privatsphäre des einzelnen ein, wozu auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt gehört. Zum Teil werden «gemeinsame Interessengebiete», ein «allgemeiner Erfahrungsaustausch» oder aber die «gemeinsame Arbeit für einen dauerhaften Frieden» als Aufhänger für eine gezielte Kontaktaufnahme gesucht.

Die zahlreichen familiären Bindungen in den kommunistischen Machtbereich geben den gegnerischen Diensten immer wieder Gelegenheit zu nachrichtendienstlichen Ansatzpunkten. Führen hierbei Versprechungen – z. B. Besuchserleichterungen, finanzielle Mittel usw. – nicht zum gewünschten Erfolg, wird der Ansprechpartner unter Druck gesetzt, wozu auch die Androhung von Schwierigkeiten für im

kommunistischen Machtbereich lebende Angehörige gehört. Auch geringste Verstöße gegen die Bestimmungen der kommunistischen Länder werden zu Anbahnungsversuchen benutzt, wobei das Versprechen der Straffreiheit für nachrichtendienstliche Ziele eingesetzt wird.

Führungsmethodik

Die Werbungsphase wird von den *DDR*-Nachrichtendiensten nach wie vor meist durch einen persönlichen «Treff» mit dem Führungsoffizier im kommunistischen Machtbereich eingeleitet; eine Methode, die die geringsten Risiken birgt. Telefon- und Briefverkehr über Deckadressen werden unvermindert benutzt, um Führungsanweisungen zu erteilen oder von Agenten beschafftes Informationsmaterial entgegenzunehmen. Kann der Agent nicht in die *DDR* reisen, finden Treffs auch im westlichen Ausland statt. Neben dem persönlichen Treff wird die Verbindung zum Agenten über Funk sowie durch den Einsatz von Kurieren und Instruktoren aufrechterhalten. Im Gegensatz zur *DDR* führen die übrigen kommunistischen Staaten ihre Agenten weitgehend über die legalen Residenzen innerhalb ihrer amtlichen und halbamtlichen Vertretungen.

Ausspähungsziele

Die 1977 registrierte hohe Zahl von Aufträgen, die sich gegen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland richteten, erhöhte sich 1978 nochmals um 5 %.

In der sachlichen Zielrichtung blieben im hessischen Raum die Bereiche Politik, Militär und Wirtschaft die Hauptziele des Gegners; sie sind zahlenmäßig nahezu gleichmäßig mit einem Drittel anzusetzen.

Das Rhein-Main-Gebiet als wirtschaftliches Ballungszentrum dürfte der Hauptgrund für die intensiven gegnerischen Bemühungen auf diesem Sektor sein. Beson-

ders gilt dies für den Bereich der *CSSR*-Nachrichtendienste. Jedoch zeichnet sich mittlerweile diese Tendenz auch für die übrigen Nachrichtendienste ab.

Beurteilung

Die 1978 registrierte Spionagetätigkeit der kommunistischen Staaten hat erneut einer breiten Öffentlichkeit die Gefahren der Spionage bewußt werden lassen.

Für eine kommunistische Partei- und Staatsführung ist Spionage nicht nur Mittel zur Informationsgewinnung, sondern zugleich Teil des Kampfes gegen die freiheitliche Demokratie. Entsprechend sieht das Zentralkomitee der SED die Arbeit des Mi-

nisteriums für Staatssicherheit als scharfe Waffe des sozialistischen Staates.

Um der wachsenden Bedrohung durch die Spionagetätigkeit weiterhin mit Erfolg begegnen zu können, bedarf es verstärkter Anstrengungen auch auf dem Gebiet vorbeugender Schutzmaßnahmen, um auch in Zukunft Auspähung, Geheimnisverrat und Sabotage rechtzeitig erkennen und wirkungsvoll verhindern zu können.

Die Mithilfe einer ausreichend aufgeklärten Bevölkerung und die Bereitschaft, Kontaktversuche durch die gegnerischen Dienste den Verfassungsschutzbehörden zu offenbaren, schaffen die besten Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Spionageabwehr.